

# **b** unabhängige **auernstimme**



Foto: Kunstzirkus/pixelio

Bauern und Bäuerinnen wehren sich gegen klimaschädliche Exportstrategien, die sich in Handelsabkommen manifestieren



Foto: Jäger/pixelio

Das Insektenschutzprogramm der Bundesregierung fordert die Landwirtschaft heraus. Bauern und Bäuerinnen brauchen konkrete Unterstützung



Panik auf dem Bio-Getreidemarkt angesichts steigender Zahlen an Umstellungsbetrieben ist unangebracht und kontraproduktiv

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



# Alle für das Klima!



**Die Seite 3**

Endsolidarisierung auf dem Hof . . . . . 3



**Agrarpolitik**

„Wir sehen viele Probleme“ . . . . . 4  
 Ein Päckchen geschnürt. . . . . 5  
 Ein historisches Artefakt . . . . . 18



**Bewegung**

Die Erde befreien . . . . . 6  
 Flächenkonkurrenz im Moor . . . . . 7  
 300 demonstrieren in Mainz . . . . . 8  
 Unkonkrete Ackerbaustrategie. . . . . 17  
 A luta continua - der Kampf geht weiter . . . . . 20



**Märkte**

Weder Panik schieben noch einfachen Wahrheiten vertrauen . 10



**Schwerpunkt**

Klimaschutz: anerkannt und doch vernachlässigt. . . . . 11  
 „Ein bäuerliches Zeichen setzen“ . . . . . 12  
 Zehn Punkte und doch wenig Neues . . . . . 13  
 Trockenheit führt zu Fichtensterben . . . . . 14

Zu Besuch bei Gertraud Angerpointer und Imke Bolten, Seite 9;  
 Nachbau, Seite 15; Gentechnik, Seite 16; Landleben, Seite 19; Ver-  
 anstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



**Zeit zu handeln!**

So ein bisschen erinnert mich der Beginn der „Fridays for future“-Bewegung an das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Eigentlich wissen wir alle seit Jahren, dass wir den Klimaschutz nicht ernst nehmen, aber doch muss eine 15-jährige Schwedin jeden Freitag vors Parlament ziehen und mit einem Pappschild für Klimaschutz streiken, damit wir aufwachen. Ich bin im Wendland Widerstand gegen die Atompolitik gewohnt, aber dennoch bin ich zutiefst beeindruckt, was die Schülerinnen und Schüler innerhalb eines Jahres weltweit auf die Beine gestellt haben. Niemand kann das Thema glaubhafter überbringen als eine Generation, die die Klimafolgen massiv zu spüren bekommen wird, wenn wir nicht schnell umsteuern. Das Positive an dieser Bewegung ist, dass zumindest die allermeisten Parteien in Deutschland einsehen, dass hier gehandelt werden muss. Frau Merkel und Bundesminister Müller sprechen sogar von der Schicksalsfrage. Aber nüchtern betrachtet, haben sie in ihrer wirklich langen Regierungsverantwortung bei diesem Thema nicht wirklich gehandelt. Auch mit den Beschlüssen vom 20. September haben sie eher ein Konjunkturprogramm als ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm beschlossen.

Das Landwirtschaftsministerium hat ein Zehn-Punkte-Papier eingebracht, mit dessen Maßnahmen der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 12,5 bis 33 Mio. Tonnen gesenkt werden soll. Die vorgeschlagenen Veränderungen reichen von der Verschärfung des Düngerechts (was aus Gründen des Wasserschutzes momentan diskutiert wird) über Moorschutz, eine stärkere Förderung des Ökolandbaus, Verbesserung des Humusaufbaus bis zur Effizienzsteigerung in Landtechnik und Tierhaltung, was zu Emissionsminderungen führen soll. Den größten Einzelposten von bis zu 7,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich soll die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und der Wandel zu mehr Nachhaltigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung bringen.

Das alles sind Maßnahmen, die wir als Bäuerinnen und Bauern unterstützen können, auch wenn uns einige davon sehr viel abverlangen werden, weil sie ordnungsrechtlich durchgesetzt werden und die Betriebe das aus eigener Tasche bezahlen müssen. Andere Punkte könnten auch Chancen bieten, über regionale Kreisläufe die Wertschöpfung auf den bäuerlichen Betrieben zu erhöhen. Einige, aus meiner Sicht große Stellschrauben, werden aber ausgeklammert. So ist von einer Eiweißstrategie, um die Abhängigkeit von Sojaimporten zu reduzieren, keine Rede. Ebenso sehen Wissenschaftler das Potential bei der Wiedervernässung von Mooren bei 50 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Einsparung jährlich. Auch wenn es für die Betriebe hart ist, die auf diesen Böden wirtschaften, ist es volkswirtschaftlich vermutlich sinnvoller, diesen Betrieben einen Umstieg der Bewirtschaftung zu finanzieren, weil das Potential sehr hoch ist.

Ich frage mich aber, wie ehrlich die Politik beim Thema Klimaschutz ist. Runtergebrochen auf jeden Bundesbürger erzeugen wir im Schnitt neun bis zehn Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich. Um die Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten, müssen wir auf zwei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Nase runter. Für all das haben wir nur noch 30 Jahre Zeit, nachdem wir in 30 Jahren fast nichts erreicht haben. Die Politik suggeriert uns, dass wir das alles ohne Komfortverlust schaffen. Ich persönlich bin sehr skeptisch, ob das geht, aber mit jedem Jahr, in dem wir nicht handeln, wird die Last für die verbleibende Zeit größer. Wir Bäuerinnen und Bauern haben in den letzten drei Jahren zu spüren bekommen, wie Klimawandel aussehen kann und zu welchen wirtschaftlichen Verlusten er führen kann. Wenn wir unseren Kindern etwas von unserem Wohlstand erhalten wollen, müssen wir jetzt dringend handeln.

*Martin Schulz, AbL-Bundesvorsitzender*

# Endsolidarisierung auf dem Dorf

30 Jahre nach der Wende sind die Schatten noch immer lang im Osten

In Gesprächen mit Bauern in Ostdeutschland landet man immer bei der LPG. Sie ist für viele Landbewohner der ehemaligen DDR nach wie vor Hassobjekt oder Sehnsuchtsort oder auch beides gleichzeitig, für Ökonomen Grundstein eines agrarstrukturellen Erfolgsmodells, für Soziologen der Anfang vom Ende des Niedergangs bäuerlicher Kultur. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der ehemaligen DDR entstanden dadurch, dass landwirtschaftliche Betriebe mit ihren Menschen und Orten in übergeordnete ökonomische Strukturen gezwungen wurden. Den freien Bauern, der seinen Beruf liebte, weil er individuell Entscheidungen selbst treffen, seine Verantwortung Tieren und Acker gegenüber wahrnehmen, aber auch ökonomisch klug handeln wollte, musste so ein System geradezu abstoßen. Dem ebenso freien Bauern, der sich vielleicht Jahr um Jahr quälte mit dem Treffen von Entscheidungen auf dem Acker und im Stall, der auch ökonomisch glücklos blieb, eröffnete es eine Möglichkeit, Landwirtschaft zu betreiben ohne allzu großes Risiko und auch noch mit halbwegs geregelten Arbeitszeiten.

## Wenige Arbeitsplätze

Die moderne Arbeiterbewegung kam aufs Land. Und nebenbei konnten die meisten Bauernfamilien weiterhin Kleinstlandwirtschaft für den eigenen Bedarf – mit einem Schwein, ein paar Hühnern – betreiben. Gerade in den späteren Jahren der DDR, als längst die nächste Generation aus Bauernfamilien zu Werkträgern in der Landwirtschaft geworden war, betrachteten viele diese Entwicklungen als Errungenschaften. Außerdem, sagt der thüringische Bauer Ulrich Möller, sei es in der DDR durchaus mit Achtung und Ansehen verbunden gewesen, Lebensmittel zu produzieren. „Das war wichtig. Als dann später bei Aldi die Regale voll lagen, brauchten wir die Produzenten nicht mehr.“ Er habe Jahre nach der Wende beim Aufbau seines eigenen landwirtschaftlichen Betriebes mit Behördenwillkür und Bürokratie zu kämpfen gehabt, aber auch mit Neid und Missgunst. Es habe eine Entsolidarisierung auf dem Dorf stattgefunden, so hat es auch Frank Neumann, ein Berufskollege Möllers, in Thüringen erlebt. Plötzlich wurde Geld so viel wichtiger – gerade, wenn man nicht viel hatte.

Wieder geht es um die LPG, jetzt 1990, um eine Überführung in einen Betrieb für die Marktwirtschaft, manchmal noch als Genossenschaft mit den ehemaligen und auch zukünftigen Genossen. Fast immer aber mit dem Anspruch, die Landbesitzer, die Nachfahren der oft nicht freiwillig kollektivierten Bauern und Bäuerinnen, möglichst nur mit schmalen Geld abzufinden. Häufig spielen die LPG-Leitungskader entscheidende Rollen. Sie sind diejenigen, die nach einer oder zwei Generationen in einem Betrieb mit vielen angestellten landwirtschaftlichen Spezialisten den Gesamtüberblick, eine entsprechende, höher qualifizierte Ausbildung und auch den unternehmerischen Mut haben, einen so großen Agrarbetrieb aus dem behäbigen Sozialismus auf den rauen Weltmarkt zu führen. Noch Jahre später, so Neumann, beschwerten sich die Kinder der LPG-Landeigner vielleicht darüber, während der LPG-Abwicklung über den Tisch gezogen worden zu sein, verpachteten aber immer weiter das Land langfristig an deren Nachfolgebetrieb. Auch weil die Enkel längst dort in Lohn und Brot sind, oft allerdings zu Löhnen, die kaum genug Wertschätzung für die Arbeit ausdrücken, während sich wenige Chefs die Taschen voll machen. Auf dem Land gibt es nur noch wenige Arbeitsplätze, man muss froh sein, wenn man noch einen der wenigen behält. Schließlich gehört zur beschriebenen Entsolidarisierung nicht nur der Verlust des Gefühls, sondern vielfach auch der dörflichen Infrastruktur. In der LPG gab es Kantine und Küche, Bautrupp und Kindertagesstätte, man bestritt gemeinsam die Dorffeste und stellte die Dorfjugend. Heute ist vielleicht noch der Geschäftsführer des LPG-Nachfolgebetriebs der Bürgermeister und stiftet die Gulaschkanone beim Dorffest, zu dem die wenigen Alten kommen, die noch da sind.

## Zäsur Wende

„Wer irgend konnte, ging weg“, berichtet auch Bauer Marco Schirma aus der Nähe von Nordhausen über die Nachwendejahre. Aus seinem Schuljahrgang seien eine Zahnärztin und er zurückgekommen, sie säßen jetzt auch beide im Gemeinderat ihres Dorfes. „So viele Strukturen sind weggebrochen, Arbeitsplätze wegrationalisiert.“ Es blieben oft nur die Verlierer, frustriert, gedemütigt, abgewickelt. Einen

eigenen landwirtschaftlichen Betrieb neu zu gründen, erscheint im Osten noch immer kompliziert. Es gibt auch nach wie vor nicht viele vor Ort, die es sich zutrauen. Neu-

anfänger kommen von außen, vielleicht gar nicht aus der Landwirtschaft. Die, die es tun und taten, stießen früher oder später auf Schwierigkeiten mit inzwischen etablierten Großstrukturen, die von Politik und Interessenverbänden immer schon für die richtige, ökonomisch sinnvolle Art Landwirtschaft zu betreiben, gehalten und entsprechend protegiert wurden und werden. „Es geht in der Politik und beim Bauernverband immer ganz schnell um Flächenkonkurrenz“, sagt Reiko Wöllert, Geschäftsführer der AbL Mitteldeutschland und selber ein Bauer, der ohne landwirtschaftlichen Hintergrund einen 30-Hektar-Grünlandbetrieb bei Eisenach angefangen hat. Auch Wöllert beschreibt die Wendeerfahrung als Zäsur: „Es wurde einem etwas übergestülpt, nicht selbstbestimmt wusste man nicht, was kommt.“ Die Spaltung der Gesellschaft, die heute so häufig beklagt wird, begann vielleicht im Osten in dem Moment, wo es darum ging, in dieser Extremsituation zu verzagen oder etwas anzufangen, zu bleiben, wegzugehen, wiederzukommen ...

## Zukunft der Demokratie

Die Politiker aus dem Westen, gepaart mit glücksritterartigen Vertretern des Kapitals, versprachen die heute geradezu abgedroschen klingenden blühenden Landschaften und sagten aber nicht dazu, dass sie nur für den Teil der Menschen blühen würden, die sich nicht zu sehr auf sie verließen. Auch ökonomisch wirkt die Wende gerade auf dem Land vielleicht noch mehr nach als in der Stadt, nicht erst, seit Investoren inzwischen Land und Betriebe für ein Vielfaches der Nachwendepreise von den inzwischen oft ins Rentenalter gekommenen ehemaligen Genossen kaufen. Dazu kommt, so sagt es Burkhardt Kolbmüller vom Verein Land-



Auch im Ost-Harz gibt es 30 Jahre die deutsche Einheit Foto: Rasche/pixelio

Netz in Thüringen, dass immer mit einem patriarchal-gönnenhaften Blick von der Stadt aufs Land geguckt wurde. Es gebe ja den Spruch, dass sich die Zukunft der Demokratie auf dem Land entscheide. Insofern sei es mehr als geboten, dem Land und seinen Bewohnern den nötigen Respekt und Ernst entgegenzubringen. Offenbar hat sich auf dem Land das Gefühl der Fremdbestimmung nach der Wende zu Recht stärker gehalten als in den Städten. Dagegen gelte es Kommunen mit mehr, auch finanzieller, Autonomie auszustatten. Oft wisse man vor Ort sehr gut alleine, so Kolbmüller, wo die Baustellen lägen. Kleine, unkomplizierte Förderprogramme müssten hier angeboten werden. Bei ihm geht es um Perspektiven im ländlichen Raum, die nur noch wenig mit Landwirtschaft zu tun haben, „sie spielt keine große Rolle mehr“. Was im Westen ein schleicher Prozess auf den Dörfern ist, in denen immer weniger Bauern und Bäuerinnen leben, arbeiten, Kommunalpolitik und andere ehrenamtliche Arbeit prägen, hat im Osten mit politisch gewollten Brüchen stattgefunden. Jetzt stehen die Politiker der verantwortlichen Parteien vor dem selbst gemachten Scherbenhaufen aus landwirtschafts-fremden Finanzinvestoren, die die Betriebe übernehmen, und Menschen, die sich, weil sie sich bevormundet und nicht repräsentiert fühlen, einer Partei mit rassistischem Gedankengut zuwenden. Das Experiment der Erfahrung, dass diese in einer Regierung die Verwerfungen, die Unzufriedenheit und die ökonomischen Ungerechtigkeiten der letzten 30 Jahre auch nicht richten werden – weil sie es weder wollen noch könnten – bleibt uns hoffentlich erspart.

## „Wir sehen viele Probleme“

Sebastião Vilanova, Präsident einer Milcherzeugergenossenschaft, zum brasilianischen Milchmarkt

**S**ebastião Vilanova ist Präsident der Genossenschaft Cooperoeste in Santa Catarina, einem Bundesland im südlichen Brasilien. Vilanova wurde 1985 im Zuge einer Agrarreform umgesiedelt, als es zu vielen Landbesetzungen in Santa Catarina kam. Elf Jahre später wurde die Genossenschaft mit 120 Familien gegründet, die ebenfalls umgesiedelt wurden. Eigens für Milchprodukte wurde die Marke Terra Viva entwickelt, die Milch dafür wird von 1.248 Milchbäuerinnen und -bauern zum Teil aus 250 Kilometer Entfernung angeliefert. Die Vermarktung läuft über Märkte ebenso wie über Konzerne wie Walmart, aber auch der Großhandel und Schulkantinen werden beliefert – weit über Santa Catarina hinaus. Cooperoeste will die Milchproduktion ausdehnen und die Anzahl der Mitglieder erhöhen, die Käserei ausbauen und genossenschaftliche organisierte Märkte erschließen. Das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Ländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) sieht eine gegenseitige Öffnung des Milchmarktes für zollfreie 30.000 Tonnen Käse, 10.000 Tonnen Milchpulver und 5.000 Tonnen Babynahrung vor.

**Unabhängige Bauernstimme: Herr Vilanova, wie würden sie die aktuelle Situation für Milcherzeuger in Brasilien beschreiben?**

Sebastião Vilanova: Die Marktsituation wird für Erzeuger, Genossenschaften und die Milchwirtschaft immer



Mercosur greift auch in südamerikanische Agrarmärkte ein

Foto: Kunstzirkus/pixelio

schwieriger. Der Grund dafür ist, dass die Wirtschaft stagniert. Die Arbeitslosigkeit steigt und die Kosten für Industrieprodukte, z. B. Verpackungen und andere Verbrauchsgüter, sind hoch.

**Wie schätzen Sie das Freihandelsabkommen mit der EU ein?**

Wir sehen kurzfristig viele Probleme,

weil Brasilien heute in der Milchproduktion nicht mit den europäischen Ländern konkurrieren kann. Beim Export haben wir schon jetzt eine hohe Steuerlast, die im Rahmen des Abkommens nur durch eine andere ersetzt werden würde. Auch die Produktionskosten, z. B. für die Schaffung von Weideflächen, Silageproduktion, usw., sind hoch. Aber wir haben es mit einem noch größerem Problem zu tun: dem fehlenden Nachwuchs, denn die Jugendlichen wollen nicht länger in die Milchproduktion auf dem Land einsteigen. In den letzten zwei Jahren haben Tausende von Produzenten aus diesem Grund die Milchproduktion eingestellt. Auch sind die in Kraft getretenen Qualitätsvorschriften für die Milchqualität viel zu streng. Viele Erzeuger haben sich aufgrund der hohen Investitionskosten, die sie in Lagertanks hätten tätigen müssen, nicht an die Vorschriften gehalten. Da diese kleinen Produzenten über einen Tank verfügten, der die Milch nicht rechtzeitig kühlte, um die geforderten Temperaturstandards zu erfüllen, stellten sie die Milchproduktion ein. Auf der anderen Seite erhöhte sich die Milchmenge aber bei denen, die im Sektor blieben.

Wir verfügen in Brasilien über einen

robusten Milchabsatz und viel Fachwissen. Jedoch sind die Kosten zu hoch, um mit der EU wettbewerbsfähig zu sein. Kurzfristig besteht ein großes Risiko, dass sich die Erzeuger von den hohen Produktionskosten abschrecken lassen, wenn die Regierung keine Anreize, z. B. bei den Bodenanalysen, dem Erhalt von Dauergrünland oder mit Steuersenkungen macht. Was die Industrie betrifft, erwarte ich einen Einbruch, da sie derzeit nicht auf einen Wettbewerb mit den europäischen Konkurrenten vorbereitet ist. Einige brasilianische Unternehmen haben bereits Exportlizenzen, bleiben wirtschaftlich aber, aufgrund der hohen Kosten für Rohstoffe sowie der Steuern, vom internationalen Markt ausgeschlossen. Das Abkommen stellt also sowohl die Produzenten als auch die Industrie in Brasilien vor große Herausforderungen.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

Das Interview führte Paula Gioia, Abl-Vertreterin bei der Europäischen Koordination Via Campesina (ECVC)

### Hintergrundpapier zum EU-Mercosur-Abkommen

Powershift, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und weitere Organisationen veröffentlichten im September das Hintergrundpapier „Angriff auf Klimaschutz und Menschenrechte - Die Folgen des Assoziationsabkommens mit dem Mercosur für Mensch und Natur“. Zu den Mercosur-Ländern gehören Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay. Der Autor Thomas Fritz beschreibt die aktuelle Situation in Brasilien unter Präsident Bolsonaro folgendermaßen: „Während die Kommission die Einigung als ‚historisch‘ feierte, zeigte sich ein Bündnis lateinamerikanischer Bewegungen bestürzt. Das geplante Abkommen verschärft die Gefahr für die Zivilgesellschaft, die sich einem rechten Vormarsch ausgesetzt sehe, vor allem nach der Amtsübernahme des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro im Januar 2019.“ Weiter heißt es in dem sechseitigen Hintergrundtext: „Das brasilianische Netzwerk Rebrip bezeichnete den Vertrag als eine ‚Tragödie‘ für die nachhaltige Entwicklung. Die Zustimmung der Mercosur-Regierungen sei vor allem dem Einfluss der Agrarlobby geschuldet, die auch hinter den zunehmenden Angriffen auf den Umweltschutz und indigene Gemeinschaften stehe.“ Das Hintergrundpapier informiert über den aktuellen Stand der Verhandlungen und skizziert die politisch festgelegten Inhalte, wie etwa die Folgen für den europäischen und lateinamerikanischen Milchmarkt. Auch stellt der Autor fest, dass mit diesem Freihandelsabkommen die Lebensmittelsicherheit in Gefahr ist, da das Kapitel der Lebensmittelsicherheit eine Beschleunigung der Exportgenehmigungen für tierische Produkte vorsieht. bet

[abl-ev.de/themen/handelspolitik/publikationen](http://abl-ev.de/themen/handelspolitik/publikationen)

# Ein Päckchen geschnürt

Die Landwirtschafts- und die Umweltministerin verabschieden Maßnahmen

**G**ut eine Woche, bevor sich das Bundeskabinett zu Klimagesprächen traf, haben Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) eine Einigung in drei Bereichen der zukünftigen Agrarpolitik gefunden. Konkret beinhaltet das „Agrarpaket“ eine Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes, ein Aktionsprogramm Insektenschutz sowie das staatliche Tierschutzlabel. Zumindest im Jahr 2020 sollen, soweit der Beschluss, die Umschichtungen von der ersten in die zweite Säule von 4,5 Prozent auf 6 Prozent angehoben werden. Nach den Vorgaben der EU wären bis zu 15 Prozent möglich. Die Qualifizierung der Gelder in der zweiten Säule wird, so rechnet Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, die pro Hektar gezahlten im Schnitt um „nur 4,50 Euro/ha“ reduzieren. Offensichtlich wollte die Ministerin mit dieser Aussage dem DBV-Präsidenten Joachim Rukwied zuvorkommen, der „zusätzliche schmerzhafteste Einschnitte im Einkommen der Bauern“ befürchtet.

## Insekten schützen

Eine starke Position hatte offenbar Svenja Schulze in den Verhandlungen mit ihrer Kollegin aus dem Landwirtschaftsressort. Auch wenn Julia Klöckner gegenüber top agrar mit der Aussage zitiert wird, „Es wird Ausnahmen geben, selbst in Schutzgebieten“, sind die Pläne zur Mengenreduktion von Pflanzenschutzmitteln weitgehend. Bis spätestens zum Ende 2023 soll es ein nationales Glyphosatverbot geben. Schon ab 2020 wird dessen Einsatz nur noch eingeschränkt möglich sein. Untersagt werden sollen die Stoppel-, Vorsaats- und Vorerntebehandlung, der Einsatz auf

Grünland, im Wald, in Weihnachtsbaumkulturen, auf Gleisanlagen und in Privatgärten sowie Parkflächen. Zu Gewässern muss beim Einsatz von Pflanzenschutzmittel ein Abstand von zehn Metern eingehalten werden. Der Einsatz von Herbiziden und biodiversitätsschädigenden Insektiziden soll in Schutzgebieten bereits ab 2021 verboten werden. Neu ist auch, dass besondere Biotope, wie artenreiches Grünland, Streuobstwiesen und Trockenmauern, zukünftig durch das Bundesnaturschutzgesetz geschützt werden. Landwirte, die weiterhin Pflanzenschutzmittel einsetzen, werden nach dem Agrarpaket zukünftig eine Kompensation für Biodiversität leisten müssen. Dafür ist die ursprüngliche Forderung von Umweltministerin Schulze nach 10 Prozent Ausgleichsflächen weggefallen.

## Drei Stufen für Tiere

Das schon seit ihrem Vorgänger Schmidt begonnene Projekt staatliches Tierwohllabel soll jetzt eingeführt werden. Die drei Stufen, die unterschiedliche Kriterien von der Haltung über den Transport bis zur Schlachtung beinhalten, sollen über die gesetzlichen Mindeststandards hinausgehen. Das Label bleibt allerdings freiwillig. Vor dem Hintergrund des europäischen Wettbewerbs sicherte die Bundesregierung zu, sich für eine EU-weite verpflichtende Kennzeichnung einzusetzen.

Grundsätzliche Zustimmung erhalten die Maßnahmen des Agrarpakets von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Deren Vorsitzender Martin Schulz betont, dass sowohl der Insektenschutz als auch der mit dem Tierwohllabel beabsichtigte Umbau der Tierhaltung große Veränderungen auf den Betrieben zur Folge haben, mit denen die Bauern nicht alleine gelassen werden dürften. „Klar ist aber auch, dass eine Kennzeichnung allein nicht ausreicht, um in der Tierhaltung insgesamt ein gesellschaftlich akzeptiertes Tierwohlniveau umzusetzen. Das kostet Milliarden, für die bisher noch keine Finanzierung auf dem Tisch liegt“, mahnt Schulz. Begrüßt wird das mittelfristige Auslaufen der Glyphosatzulassung, die allerdings früher hätte kommen können. Begleitend fordert Schulz umfassendere Änderungen im Ackerbau. „Es ist daher wichtig, dass die Bundesregierung sich schnell auf eine entsprechend anspruchsvolle Ackerbaustategie einigt. Und die Beratungseinrichtungen der Länder müssen den Glyphosatausstieg mit einer intensiven Beratung der Betriebe über die ackerbaulichen Alternativen aktiv begleiten“, fordert der AbL-Vorsitzende. *mm*



Zankapfel Insektenschutz Foto: Jäger/pixelio

## Offene Auseinandersetzung um Agrarpaket

Im Zusammenhang mit der Kritik des Deutschen Bauernverbandes am Agrarpaket der Bundesregierung hat nun Hermann Onko Aeikens, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, auf Vorwürfe des Präsidenten Joachim Rukwied mit einem Brief reagiert. Den schickte er ihm aber nicht nur persönlich, sondern auch öffentlich, offensichtlicher Ausdruck eines derzeit wohl etwas schwierigen Verhältnisses. Rukwied hatte bei öffentlichen Auftritten davon gesprochen, dass durch das Insektenschutzprogramm des Agrarpakets auf 3 Mio. Hektar Land der Einsatz jeglicher Pestizide verboten und dadurch ein Wertverlust von 10.000 Euro pro Hektar verursacht würden. Aeikens nannte diese Hochrechnung in seinem Brief „grotesk übertrieben“. Schon der DBV selber rechnete in einem zwei Tage nach den Rukwied-Äußerungen veröffentlichten Faktenpapier die betroffene Fläche auf 2,3 Mio. Hektar herunter. Summiert werden Acker und Grünland, die mit unterschiedlichsten Schutzgebietsschreibungen (und damit zum Teil sowieso bereits mit den Pestizideinsatz beschränkenden Auflagen) belegt sind. Besonders im Fokus sind Ackerflächen in FFH-Gebieten, für die bislang keine oder nur geringe Auflagen gelten. Der DBV spricht hier von generellen Verboten auf 690.000 Hektar, Aeikens von noch genauer zu definierenden Herbizidverboten und dem Verbot biodiversitätsschädigender Insektizide auf 158.000 Hektar Acker in FFH-Gebieten. Gleichzeitig erinnert Aeikens Rukwied daran, dass „Ihnen bekannt“ sein sollte, dass innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe allein 50 Mio. Euro als Bundesmittel zur Kompensation von Einschränkungen bereitstehen. Aeikens beendet seinen Brief folgendermaßen: „Zusammenfassend ist festzustellen, dass Ihre Berechnung sowohl hinsichtlich des Flächenumfangs als auch der postulierten Wertminderung jeglicher Grundlage entbehrt. Über den Zweck, den Sie mit solch maßlosen Übertreibungen verfolgen, möchte ich nicht spekulieren.“ *cs*

## Ohne verbindliche Nachhaltigkeitsregeln

„Das [Mercosur-]Abkommen beinhaltet ein Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Regelungen. Wenn diese nicht eingehalten werden, kann es die vereinbarten Zollerleichterungen nicht geben. Da geht es auch um unsere Glaubwürdigkeit“, so Bundesministerin Julia Klöckner in einem Interview der Zeitung DIE WELT. Die Kritiker des Abkommens hatten diese Verbindlichkeit in Frage gestellt. Nun ist es amtlich: Die Bundesregierung hat auf Anfrage des Linkspartei-Abgeordneten Pascal Meiser eingeräumt, dass das geplante Mercosur-Abkommen keine Sanktionsmöglichkeiten vorsieht. In der Antwort der Bundesregierung vom 9. September heißt es: „Die rechtlich verbindlichen Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels unterliegen einem abgestuften dialogorientierten Durchsetzungsmechanismus. Dieser Mechanismus bestehe aus Regierungskonsultationen.“ Falls es da kein Ergebnis gebe, „kann in einem zweiten Schritt die Einsetzung eines unabhängigen Sachverständigenremiums von einer Partei beantragt werden.“ Dieses Gremium „untersucht den vorliegenden Sachverhalt mit Blick auf die relevanten Regelungen des Nachhaltigkeitskapitels und gibt Empfehlungen.“ *gj*

## Schweinepestvirus überlebt länger

Der Erreger der Afrikanischen Schweinepest kann über Jahrzehnte in Schweinefleisch und Blut überleben. Dass der Virus auch über pflanzliches Futter und Futterzutaten übertragen werden kann, ist erst seit kurzem bekannt. US-Wissenschaftler an der Kansas State University haben im Labor die Bedingungen eines Seetransports simuliert und festgestellt, dass die Hälfte der Viren auch nach 30 Tagen noch lebensfähig ist. Das US-Landwirtschaftsministerium USDA weist darauf hin, dass Importe von Soja, Mais und Flachs nicht auf Kontamination mit Tierseuchenerregern getestet werden. Ein besonderes Risiko würden biozertifizierte Sojabohnen darstellen, weil sie nicht prophylaktisch chemisch behandelt würden. *ml*



Gleich neben dem Camp liegt das blockierte Werk vom Düngemittelhersteller Yara

Foto: ©Pay Numrich

## Die Erde befreien

Free the soil will eine andere Landwirtschaft und sucht nach Wegen um mit Bäuerinnen und Bauern ins Gespräch zu kommen

**S**amstag, 8.20 Uhr – Ich laufe durch nasses Gras, die Sonne wirft ihre morgendlichen Strahlen über zahllose Zelte, die eine Wiese am Ortseingang von St. Margarethen zu dem machen, was sie gegenwärtig ist: das Camp der Kampagne „Free the Soil“. Erste Menschen genießen die morgendliche Stimmung, trinken Kaffee, essen würziges Brot mit veganen Aufstrichen – alles hier ist selbst gemacht. Alle Aufgaben werden von allen erledigt, es wird Wert auf Selbstorganisation und den Erwerb des dafür notwendigen Wissens gelegt. Auf der Straße knattern Motorräder, landwirtschaftliche Fahrzeuge fahren auf die Felder.

### Gegen Kunstdünger

Free the Soil ist die zweite große Aktion in diesem Jahr, die die gegenwärtigen Maximen der Landnutzung, der Landbewirtschaftung und der dahinter stehenden Profiteure im Fokus hat: Bereits seit Mai wird ein fruchtbarer Acker in der Nähe von Witzhausen besetzt, der einem großen Logistikzentrum weichen soll. Jahre nach den Aktionen der Anti-Gentechnik-Bewegung soll nun der Betrieb eines Düngemittelwerkes gestört werden. Es gehört Yara, einem norwegischen Global Player und Marktführer in Sachen Stickstoffdünger. Vorausgegangen waren zahlreiche Informationsveranstaltungen in Belgien, Dänemark, Deutschland und den Niederlanden. Gruppen aus diesen Ländern haben Free the Soil möglich gemacht und den Standort gewählt.

Um Stickstoffdünger herzustellen, wird viel Energie benötigt und der chemische Prozess, das Haber-Bosch-Verfahren, benötigt darüber hinaus nochmals Umengen an Energie. Die Yara-Fabrik setzt hierfür Erdgas ein. In Brunsbüttel soll ein neues Gas-Terminal entstehen, das das Industriegebiet insbesondere mit Fracking-Gas beliefern soll. Das Camp lebt von der Vielfalt der hier versammelten Menschen. Ein Ort der Begegnung, des Austausches und des Lernens soll es sein – und das ist es auch. Sofort bin ich in Gespräche zur Rolle des Kunstdüngers in der agrochemischen Tretmühle verwickelt. Bei Free the Soil ist das spürbar, was auch die aktuelle Klimabewegung auszeichnet: Kein Denken in Lagern, sondern der Versuch, das System als solches zu begreifen, um es ändern zu können. „System change statt Climate change“ wird nun auch auf den Agrarsektor übertragen. Das Stichwort dabei ist Ernährungssouveränität – weltweit. Im Gegensatz dazu scheint das gegenwärtige System eine Struktur zu sein, die die menschliche Lebensgrundlage zugunsten der Gewinninteressen weniger zerstört.

### Wachse oder Weiche

Die Maxime, der sich nur schwer entkommen lässt, wird ebenso in Frage gestellt wie die eingeschränkten Denkschulen der landwirtschaftlichen Ausbildung in Berufsschule und Universität. In Arbeitsgruppen werden Alternativen zur industriellen Landwirtschaft

erarbeitet und festgestellt, was diese ausmacht. Die Entmachtung der Bäuerinnen zum Beispiel. So würden natürliche Systeme aufgebrochen und künstlich Bedürfnisse geschaffen, die dann mit schädlichen Produkten auf den ersten Blick befriedigt werden. Stickstoffgaben sorgen dafür, dass enge Fruchtfolgen und kleine Pflanzenabstände erst möglich werden. Dadurch steigt die Anfälligkeit der Kulturpflanzen für Krankheiten, was ein anderes industrielles Produkt auf den Plan ruft: chemisch-synthetische Pestizide.

### Einseitige Ausrichtung

Globaler Export, die Einengung der ursprünglichen Vielfalt auf wenige Sorten, die steigende Technisierung, Digitalisierung, die Nutzung des Bodens als totes Substrat werden thematisiert. Selbstkritisch wird die eigene Rolle, der eigene Wissensstand in Frage gestellt und damit den vermeintlich einfachen Wahrheiten begegnet. Ausdrücklich richten sich Camp und Aktion nicht gegen die AnwenderInnen der Düngemittel, nicht gegen konventionell wirtschaftende BäuerInnen. Die Bewegung fragt sich, wie sie effektiv an BäuerInnen herantreten kann, um Zugang zu traditionellem Wissen zu erhalten. Und: Wie BäuerInnen ins Boot holen, um die dringlichen Transformationsprozesse solidarisch und hinreichend schnell umzusetzen? „Das kann für alle Seiten herausfordernd sein. Aber die Klimakrise, die wenige Zeit, die uns noch bleibt, um das Schlimmste abzu-

wenden, sagt uns: Wir müssen jetzt und nicht morgen handeln, um die Landwirtschaft so umzubauen, dass sie die ökologischen Grenzen nicht verletzt“, meint Anna, eine der AktivistInnen.

### Neue Protestformen

Wie Ende Gelände und Extinction Rebellion setzt auch Free the Soil auf gewaltfreien zivilen Ungehorsam. So sollen destruktive Praktiken durch friedliche Blockaden behindert werden. Gefordert wird eine klimaneutrale und sozial gerechte Landwirtschaft, während die AktivistInnen gleichzeitig rege über Alternativen nachdenken. Die Einbeziehung von mehr menschlicher Arbeit in die Landwirtschaft, die Schaffung kleiner und hocheffizienter Strukturen und die Begrenzung des globalen Handels sind einige der Zukunftsvisionen. „Wir dürfen nicht darauf warten, dass uns jemand die richtigen Antworten gibt und wir müssen unsere eigenen Einstellungen permanent an der Wirklichkeit messen, um diese verändern zu können“, sagt eine andere Aktivistin. Dabei ist klar, dass die Aktion die Welt nicht sofort ändern kann – aber der gebotene Denkraum und das gemeinsame Erleben von Aktion und Repression schaffen eine Basis, auf der künftige Aktionen aufbauen können. Da es unwahrscheinlich ist, dass die Politik den Herausforderungen unserer Zeit kurzfristig und effektiv begegnet, könnte die nächste Aktion nicht lange auf sich warten lassen.

Michael Meißer,  
Waldbauer

# Flächenkonkurrenz im Moor

Landwirte und Umweltschützer besorgt über Hochmoorumbrüche

**B**auern und Umweltschützer aus dem Oberledingerland, dem südlichsten Zipfel Ostfrieslands, wenden sich gemeinsam gegen die Zunahme von Tiefumbrüchen von Hochmoorgrünland. Die Landwirte, fast ausschließlich Milchviehbetriebe, sind in Sorge, dass ihnen Berufskollegen aus den Nachbarkreisen die Flächengrundlage entziehen. Hintergrund ist das Preisgefälle bei Pachten zwischen Emsland und Cloppenburg einerseits und dem Kreis Leer andererseits. Die Betriebe aus den Intensivregionen stehen wegen ihres teilweise sehr hohen Nährstoffanfalls durch große Tierhaltungsanlagen und Biogasanlagen seit der Verschärfung der Düngeverordnung noch mehr unter Druck, Flächen für die Verbringung ihrer Gülle- und Mistüberschüsse nachzuweisen. Die Milchviehbetriebe im südlichen Ostfriesland dagegen sind durch anhaltend niedrige Milchpreise über Jahre wirtschaftlich angeschlagen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen Agrarmakler, die überregional tätig sind und Verpächtern und Verkäufern jeweils die zu Höchstzahlungen bereiten Interessenten vermitteln. Bauern aus dem Oberledingerland (Westoverledingen und Rhaderfehn) haben sich vor ca. zehn Jahren dem Landkreis Leer gegenüber verpflichtet, die Moorauflage (teilweise mehrere Meter) nicht umzubrechen und das Grünland zu erhalten. Im Gegenzug verzichtete der Landkreis auf eine Unterschutzstellung durch ein Landschaftsschutzgebiet. Diese freiwillige Selbstverpflichtung haben die hiesigen Bauern bis heute eingehalten. Das wissen Kreispolitiker und Bevölkerung durchaus zu schätzen. Umso frustrierender ist es für die ortsansässigen Landwirte, dass sich die Bewirtschafter aus den Nachbarkreisen an diese Regelung nicht gebunden fühlen und immer wieder Hochmoor mit dem Bagger „umkuhlen“ und dabei Grünland in Ackerland umwandeln. Dabei nutzen sie eine rechtliche Grauzone, weil das eigentlich geltende Verbot solcher Umbrüche anscheinend zu vage formuliert und nicht gerichtsfest ist. So-

gar Strafzahlungen seitens des Landkreises Leer für die Zerstörung geschützter Biotope, die vergleichsweise niedrig ausfallen, werden in Kauf genommen. Auf extensives Hochmoorgrünland folgt so Ackerbau, in der Regel Maisanbau für die Biogasnutzung, und Anlieferung von Gülle oder Gärsubstraten. Dabei ist der Erhalt dieser Hochmoorflächen besonders wichtig. Fast der gesamte Bereich ist Einzugsgebiet des Wasserwerks Collinghorst. Grünland filtert das Regenwasser und hält den Stickstoff weitestgehend zurück, weil die Grasnarbe ihn aufnimmt. In die gute Zusammenarbeit der Wasserschutzberatung der Landwirtschaftskammer mit den ortsansässigen Landwirten lassen sich die Neubewirtschafter in aller Regel nicht einbinden. Zusätzlich folgt auf das Umbrechen der tiefer liegenden Moorschichten eine Mineralisierung des Bodens mit großen Kohlendioxidfrachten (CO<sub>2</sub>), die dann freigesetzt werden und die CO<sub>2</sub>-Bilanz verschlechtern. Der Landkreis Leer und die Gemeinden haben viele Kompensationsflächen in dem betroffenen Gebiet. Hier lässt sich noch ein Grünlandbereich mit intakten Moorauflagen erhalten bzw. entwickeln, den es so im Bereich Emsland/Ostfriesland nur noch selten gibt. Das Ziel seitens des Naturschutzes ist der Erhalt von Landschaften, die dem Kiebitz, dem Brachvogel und der Uferschnepfe noch einen Lebensraum bieten. Dabei spielen die unterschiedlichen Bewirtschaftungsformen auf intensivem bis extensivem Grünland, vor allem die Weidehaltung, eine entscheidende Rolle. Die Naturschützer denken, dass nur eine bäuerliche Landwirtschaft dieses leisten kann. Deswegen ist zu hoffen, dass Landwirte, Behörden und Bürger darauf achten, dass dieses Potential nicht durch Großbetriebe aus den Nachbarkreisen zerstört wird.

*Karl-Heinz Augustin, Arbeitsgemeinschaft Naturschutz nördliches Emsland/ südliches Ostfriesland, und Ottmar Ilchmann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Niedersachsen/Bremen*

## Bio ist „pflanzlicher“ als konventionell

Etwa 6 % der Verkaufserlöse der Landwirtschaft kommen aus dem Bio-Anbau. Das zeigen die neuesten Zahlen der Agrarmarkt-Informationen (AMI). Demnach wuchsen 2018 die Verkaufserlöse der Bio-Bauern um 11 %, während die Erlöse der konventionellen Landwirte mengen- (Getreide, Raps) und preisbedingt (Milch) Einbußen hinnehmen mussten. Konventionell war Milch mit 11 Mrd. Euro der mit Abstand größte Umsatzträger vor Schweinefleisch mit 7,2 und Getreide mit 4,2 Mrd. Euro. Auch im Bio-Bereich ist Milch mit 550 Mio. Euro Umsatz vorn vor Obst und Gemüse. Der Bio-Eierverkauf liegt mit 309 Mio. Euro knapp vor Getreide. Der pflanzliche Anteil liegt bei Bio mit 46 % zwar auch noch unter den tierischen Erlösen, aber prozentual deutlich höher als im konventionellen Verkauf, wo etwa zwei Drittel mit tierischen Produkten erzielt werden. Gute Erlöszuwächse bei Bio erwirtschafteten Milch mit plus 18 %, Schweinefleisch plus 16 % und Geflügel (Hähnchen und Puten) plus 25 %, während die Getreideerlöse trotz 11 % Flächenerweiterung um 8 % zurückgingen. Der Anbau von Ölsaaten (plus 36 %) und Zuckerrüben wurde ausgeweitet. Bio-Kartoffeln konnten 2018 deutlich bessere Preise und Erlöse erzielen. Mehr Zahlen bringt die Studie „Strukturdaten im ökologischen Landbau in Deutschland 2018“. hg

## Kaum Ertragssteigerung durch Neonikotinoide

US-Wissenschaftler an der Perdue University im Bundesstaat Indiana haben nachgewiesen, dass mit Fungiziden und/oder Neonikotinoiden behandeltes Saatgut bei Sojabohnen geringfügig höhere Erträge erbringt, welche jedoch die erhöhten Kosten nicht rechtfertigen. Untersucht wurden die Erträge auf 194 Feldern, die meisten davon im Bundesstaat Illinois. Bei nur mit Fungiziden behandeltem Saatgut lag der Ertrag um 0,3 Bushel pro Acre (0,4 ha) höher. War das Saatgut mit Fungiziden und Neonikotinoiden behandelt, lagen die Erträge um 0,9 Bushel höher (1 Bushel entspricht ca. 35,2 Litern). Landwirte in der Region rechnen mit einem Ertrag von 50 bis 60 Bushel pro Acre. Christian Krupke, der Leiter der Studie, erklärt die geringe Wirkung der Neonikotinoide damit, dass die Aphide, die Sojabohnen stark schädigen, erst in der Mitte der Wachstumsperiode auftauchen, wenn die Saatgutummantelung ihre Wirkung weitgehend verloren hat. Dadurch würden jedes Jahr Millionen Hektar Land unnötig mit Pestiziden belastet, sagte Krupke. Schätzungen zufolge ist deutlich mehr als die Hälfte allen Saatguts für Sojabohnen mit Neonikotinoiden behandelt. Unbehandeltes Maissaatgut ist fast nirgends erhältlich. In einer kleineren Studie konnte Krupkes Team bei behandeltem Mais keinerlei Ertragssteigerung nachweisen. ml

## Trump schränkt US-Artenschutz ein

Im bestehenden Artenschutzgesetz wurden einige Passagen neu formuliert, so dass Spezies leichter von der Liste bedrohter Arten entfernt werden können. Außerdem können die Behörden in Zukunft eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchführen, um die ökonomischen Verluste zu beziffern, die einem Industriezweig entstehen, wenn eine Spezies in die Liste bedrohter Arten aufgenommen würde. Nach Einschätzung der Umweltreporter der New York Times wird die Neuformulierung dazu führen, dass Öl-, Gasbohr- und Bergbaulizenzen für Regionen, in denen bedrohte Arten leben, in Zukunft leichter und schneller zu bekommen sein werden. Kritiker fürchten außerdem, dass die Behörden bei der Einstufung einer Spezies durch den Klimawandel bedingte Bedrohungen wie Hitze, Dürre oder ein Ansteigen des Meeresspiegels nicht mehr berücksichtigen müssen. Seit der Verabschiedung des Gesetzes 1973 wurden fast 1.700 Arten als bedroht eingestuft, lediglich 47 Spezies haben sich soweit erholt, dass sie nicht mehr auf der Artenschutzliste geführt werden. ml



Moore sind wertvolle CO<sub>2</sub> Speicher, keine Gülleentsorgungsflächen

Foto: Dreiucker/pixelio

## Isoflurannarkose selbst durchführen

Nach langem Gezerre hat der Bundesrat entschieden, dass Bäuerinnen und Bauern die Narkose mit Isofluran zur Ferkelkastration selbst durchführen können. Mit der Verordnung vom 20. September ist der bisherige Tierarztvorbehalt aufgehoben. Zugleich wurden Vorschriften zum Sachkundenachweis der Landwirte verschärft. Voraussetzungen sind z. B. Fachausbildung oder Studium oder eine zweijährige berufliche Erfahrung mit Ferkeln. Außerdem muss ein theoretischer Lehrgang und eine Praxisphase mit anschließender Prüfung nachgewiesen werden. Verbände wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Deutsche Bauernverband oder der Verband der Fleischwirtschaft begrüßten diesen Beschluss, während einige Tierschutz- und Tierarztverbände die Betäubung weiterhin den Veterinären vorbehalten wollten, ohne zu benennen, wie das flächendeckend durchgeführt werden könnte. „Die Narkose nicht für Landwirte zu ermöglichen, hätte eine Verbreitung der betäubten Kastration stark eingeschränkt und eine wichtige Möglichkeit einer Kastration nach Tierschutzgesetz verbaut“, sind sich bäuerliche Mitglieder des Neuland-Programms einig, die das Verfahren seit Jahren praktizieren – bisher mit Tierarzt. Nun gelte es, schnellstens geeignete Betäubungsgeräte zu zertifizieren und die Sachkundeschulungen anzubieten. hg

## Bio- und Neuland-Zerlegebetrieb erweitert

Diese Zusammenarbeit entspreche voll der Firmenphilosophie, betonte Hubertus Hartmann, Bio-Schweine und Rinderhalter und Vorstandsvorsitzender der Biofleisch NRW eG, es gehe darum Ökonomie mit artgerechter Tierhaltung und Umweltschutz zu verbinden und als Bauern und Bäuerinnen die Vermarktung in der Hand zu behalten. Auch 50 Neulandhöfe vermarkten über den Betrieb. Anlässlich der Eröffnung der Erweiterung der Betriebsstätte des Schlacht- und Zerlegebetriebs in Bergkamen machte Hartmann deutlich, dass Bauern und Bäuerinnen zu Veränderungen bereit seien, aber konkrete politische Rahmenbedingungen brauchten. NRW-Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) versprach Unterstützung und lobte den Betrieb der Genossenschaft aus rund 100 Bio-Höfen für die Vertretung der bäuerlichen Interessen aber auch für die vorbildlichen Arbeitsbedingungen ohne Leih- und Werksarbeit. „Der Biomarkt wächst, wir wachsen mit“, so hatte Geschäftsführer Christoph Dahmann das Fest mit 150 Gästen eröffnet. Michael Radau, Chef der SuperBioMarkt AG aus Münster und Präsident des Handelsverbands NRW betonte die Herausforderungen eines wachsenden Biomarktes: „Wir müssen uns anstrengen, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt und nicht allein an die großen Handelskonzerne geht, die Bio eher aus Marketinggründen als aus Überzeugung betreiben.“ pm

## US-Behörde verbietet Krebswarnung

Seit 2017 wird Glyphosat, der aktive Wirkstoff im Herbizid Roundup, in Kalifornien auf einer offiziellen Liste potentiell krebserregender Stoffe geführt. Produktetiketten müssen einen entsprechenden Warnhinweis beinhalten. Roundup-Hersteller Bayer-Monsanto klagte im vergangenen Jahr gegen die kalifornische Verordnung, eine richterliche Entscheidung steht noch aus. Die Umweltbehörde EPA kam der Industrie jetzt zu Hilfe und erklärte, man werde Etiketten, die einen Warnhinweis auf eine möglicherweise krebserregende Wirkung von Glyphosat enthalten, nicht genehmigen. Wenn glyphosathaltige Produkte korrekt angewendet würden, bestehe keine Gefahr, hieß es. ml

# 300 demonstrieren in Mainz

„Was wollten wir nie? – Agrarindustrie!“

Nach einer ersten Aktion vor dem Landwirtschaftsministerium im März haben die AbL Rheinland-Pfalz/Saarland und die Solidarische Landwirtschaft Mainz anlässlich der vom 25. bis 27. September tagenden Agrarministerkonferenz in Mainz die erste Mainzer Wir-haben-essat!-Demo mit der Unterstützung von attac, BUND, Extinction Rebellion, Fridays for Future und anderen organisiert.

Am Hauptbahnhof ging's los mit dem Aufruf von Franziska Jockers von der Solawi Mainz: „Wir sind: Bäuer\*innen, Gemüse Gärtner\*innen, Imker\*innen und Lebensmittelverarbeiter\*innen, die in ihrer Existenz bedroht sind, weil sie nicht in das Raster der Marktwirtschaft passen, Menschen, die eine ökologische, sozial und selbstbestimmte Ernährung fordern, Menschen, die sich für die Vereinbarkeit von Naturschutz und Gesellschaft einsetzen, Aktivist\*innen, die sich für faire Erzeuger\*innenpreise einsetzen, damit tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsbedingungen und Löhne in der Landwirtschaft geschaffen werden können.“ Ihr folgte der Landesvorsitzende der AbL Rheinland-Pfalz/Saarland, Ralf Wey, dessen Schlusssatz „Ich will einfach Bauer bleiben!“ angesichts seiner Schilderung der Entwicklung der Erzeugerpreise und der Rahmenbedingungen für eine bäuerliche Landwirtschaft einer Maximalforderung gleichkommt.

## Klima schützen

Bei der Zwischenkundgebung beim parallel stattfindenden „Parking Day“ forderte die BUND-Landesvorsitzende Sabine Yacoub „einen grundlegenden Wandel“ im Hinblick auf die Landwirtschaft: „Lebensmittel dürfen nicht mehr als Handelsware betrachtet werden. Lebensmittelproduk-

tion ist Daseinsvorsorge. Bäuerinnen und Bauern müssen entsprechend honoriert werden, damit sie gesunde Lebensmittel produzieren, die Artenvielfalt erhalten und das Klima schützen können.“ Gute Stimmung und Parolen dann auf unserm Zug durch die Stadt: „Was wollten wir nie? – Agrarindustrie!“, „Her mit euren Geldern – für Vielfalt auf den Feldern“, „Eure Interessen – nicht über unser Essen!“ und natürlich „Power to the Bauer!“. Auf der Schlusskundgebung forderte Gernot Klöckner von attac, der auf die Freihandelspolitik als Fluchtverursacherin und Umweltzerstörer einging: „Um eine nachhaltige ökologische Ernährung, um Klima und Menschenrechte zu schützen und eine konzerngetriebene Handelspolitik zu verhindern, müssen wir das EU-Mercosur-Abkommen verhindern!“ Die Hauptrede hielt Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL. Er forderte Frau Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) auf, den blumigen Erklärungen endlich konkrete Beschlüsse folgen zu lassen: „Sorgen Sie dafür, dass die Bäuerinnen und Bauern bei der EU-Agrarreform Direktzahlungen bekommen für vielfältige Fruchtfolgen, kleinere Schläge, Verzicht auf Totalherbizide, für den Anbau von einheimischen Eiweißpflanzen, für Weidehaltung der Nutztiere, für Strohhaltung im Stall und mehr Platz für die Tiere!“ Auf dem Platz der Schlusskundgebung hatte Talley Hoban schon mit Helfer\*innen Gemüse und Obst der beteiligten Betriebe und Brot vom Foodsharing Mainz vorbereitet. Noch bis weit nach 17 Uhr saßen die Menschen zusammen bei gutem Essen und guten Gesprächen.

Thomas Kroh,  
Solawi Mainz



Start der Demo in Mainz im Vorfeld der AMK

Foto: Wolff



**Betriebsspiegel:**

Zum Hof gehören 26 Hektar Felder, Wiesen und Wald und drei kleine Fischweiher.

**D**er erste Eindruck: wunderbar, diese Stille – keine Autobahn, kein Durchgangsverkehr, kein Flughafen in der Nähe. Eingebettet in die lieblich hügelige Landschaft am Rande des bayerischen Waldes liegt der Betrieb. Ein alter Hof, der über Generationen die Bauernfamilien ernährt hat, die auf ihm gelebt und gearbeitet haben. Ernährt mit seinen Feldern, Wiesen, Obstbäumen, Fischweihern, seinem Wald und seiner eigenen Wasserquelle. Die Nachricht kam so überraschend,

dass es die meisten von uns für einen Irrtum hielten: Die AbL Bayern steht als Alleinerbin eines Hofes in der Oberpfalz im Testament eines Mannes, der weder AbL-Mitglied, noch irgendjemandem von uns bekannt war.

Wir lesen das Testament, schauen uns Bilder an, googeln, beraten, überlegen, diskutieren, telefonieren – und dann fahren wir hin. Was all die Informationen und Bilder nicht vermochten, passiert beim Aussteigen aus dem Auto. Ein tiefes Gefühl. Ein Gefühl für diesen alten Hof, wie er geradezu darauf wartet, wieder mit Leben erfüllt zu werden, wie die Felder darauf warten, wieder bestellt zu werden und Ernte hervorzu-

bringen, anstatt gemulcht zu werden, wie die Obstbäume darauf warten, ausgemäht und gepflegt, das Obst verarbeitet zu werden, wie Haus und Stall genutzt werden möchten. Wir gehen durch die Scheunen, den Stall, auf den Heuboden, durch das alte Haus, an den Wiesen und Feldern vorbei rauf zum Wald und zur Trinkwasserquelle. Es ist uns Bäuerinnen und Bauern allen anzusehen, wie die Ideen in unseren Köpfen sprudeln: Gemüse, Obstbau, Getreide, Mutterkühe, Schweine, Solawi, Direktvermarktung, Mondholz, und, und, und. Und Arbeit. Darüber sind wir uns alle schnell einig: Neben den vielen Möglichkeiten sehen wir auch sehr viel

Arbeit. Das Wohnhaus muss ausgeräumt werden, die Gebäude sind renovierungsbedürftig, ein Bewirtschaftungs- und Vermarktungskonzept muss erstellt, evtl. Tiere angeschafft werden, etc.

Zum Leben gehört bei uns Bäuerinnen und Bauern meist viel Arbeit. Doch diese Arbeit auf unseren Höfen bereichert uns oft mehr, als das in anderen Berufen möglich ist. Deshalb suchen wir Menschen, die diesen Hof wieder mit Leben erfüllen und ihn mit Liebe und Engagement auf ökologische Art und Weise bewirtschaften und würden den Hof langfristig verpachten.

*Gertraud Angerpointer*

*Wer Interesse hat, meldet sich bitte bei der AbL Bayern: [abl-bayern@web.de](mailto:abl-bayern@web.de)*

**Bauernhof sucht Leben**

**S**eit Mai 2019 arbeite ich als Sachbearbeiterin/Buchhalterin für Peter Kaim, den Inhaber des Havellandhofs in Ribbeck, der dort auch eine Biogasanlage als GmbH & Co. KG betreibt. Herr Kaim stammt aus Bayern, aus der Gegend nahe der Grenze zu Baden-Württemberg und ist 1993 mit seiner Frau Walburga ins Havelland nach Brandenburg gekommen. Sie plant das „StorchenNest“ in Ribbeck, eine Gaststätte und Pension, als zusätzliches Standbein, als Veranstaltungsort und Einsatzmöglichkeit der regional erzeugten Produkte vom Hof. Die Kaims haben vier Kinder. Philipp (23), der älteste, der den Hof übernehmen möchte, hat drei Schwestern.

Der Havellandhof ist ein konventionell betriebener Familienbetrieb mit einem Dutzend Mitarbeitern, bewirtschaftet fast tausend Hektar und hat 170 Milchkühe mit weiblichem Nachwuchs. Die Biogasanlage erzeugt Strom und Fernwärme, die von 23 verschiedenen Objekten in Ribbeck genutzt wird. Die Dachflächen der Stallungen sind an ein Photovoltaik-Unternehmen verpachtet.

Seit zwei Jahren macht Herr Kaim bei F.R.A.N.Z. mit, einem Projekt mit dem Ziel, mehr Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität auf konventionellen Höfen zu erproben und dann auch zu etablieren. Das Projekt wird gemeinsam vom Nabu und dem Deutschen Bauernverband betreut und setzt unterschiedliche Maßnahmen um – von mehrjährigen Blühstreifen zu Feldvogelfenstern mit Untersaaten.

Am Montag, 9. September kamen die Bundeslandwirtschafts- und die Bundesumweltministerin Julia Klöckner (CDU) und Svenja Schulze (SPD) zu Besuch auf den Hof, um sich Maßnahmen im Rahmen des Programms anzu-



**Besuch in Ribbeck im Havelland**

sehen und um sich als Unterstützer von F.R.A.N.Z. zu präsentieren. In ihrem Angebot an den DBV zur Bewirtung der Gäste während des Besuchs hatte Frau Kaim mit 30 Personen gerechnet. Tatsächlich kamen etwa doppelt so viele. Nicht mitgerechnet sind dabei die Demonstranten auf der Hofzufahrt. Wie sich später im Fernsehbeitrag von RBB herausstellte, waren es Proteste der Bauern, auch des Bauernverbandes, gegen das gerade von Klöckner und Schulze veröffentlichte Agrarpaket. Bei ihrer Ankunft auf dem Hof sprach Frau Klöckner zunächst auf der Hofauffahrt mit den Protestlern. Sie sagte sinngemäß, ihr gehe es darum, Kompromisse zu finden, und kritisierte auch den Bauernverband dafür, immer alles abzulehnen.

Geplanter Beginn der Veranstaltung war 14 Uhr, dies konnte – wie zu erwarten – nicht pünktlich eingehalten

werden. Die Politiker und Vertreter der Verbände konnten an Tischen mit Biergartensitzbänken (mit Rückenlehnen) Platz nehmen, die Presse musste sich mit Stehtischen begnügen. Vor einer Karte der zum Hof gehörenden Flächen, die die verschiedenen Maßnahmen farblich differenziert darstellt, wurde gesprochen. Die Ministerinnen sprachen über die von ihnen geplanten Maßnahmen im Agrarpaket, Frau Schulze betonte die dringend gebotene Notwendigkeit, mehr Artenschutz in die Landwirtschaft zu integrieren, Frau Klöckner kritisierte den auch anwesenden Bauernverbandspräsidenten Joachim Rukwied für die Schärfe seiner Beurteilung der Maßnahmen, weil er davon gesprochen hatte, dass sie toxisch seien. Alle Redner waren sich einig, dass miteinander geredet werden müsse, um Konflikte zu lösen. Herr Kaim erläuterte, dass er sich als Binde-

glied zwischen Ökonomie und Naturschutz empfinde. Er bekomme viel Rückhalt und Interesse aus der Bevölkerung, seit er auf seinen Feldern die verschiedenen F.R.A.N.Z.-Maßnahmen durchführe. Er hält vor allem eine umfassende Beratung zu den Maßnahmen und ihrer Pflege für unabdingbar.

Nach den Reden wurde ein Bus bestiegen, um sich die Maßnahmen im Feld anzusehen. Laut Herrn Kaim kehrten die Politiker nach dieser etwa einstündigen Tour nach Berlin zurück. Er war am nächsten Tag sehr zufrieden mit dem Besuch. Auch Frau Kaim kann außerordentlich zufrieden sein, denn die Verkostung (mit Käse und Lachsschinken belegte aufgebackene Laugenbrezel und -brötchen, mit selbst gemachter Kräuterbutter beschmierte Brote, verschiedene Gemüsesticks in Kräuterquark) wurde von allen gelobt, es gab nur wenige Reste. Der Havellandhof war in diesem Jahr schon von etlichen anderen Gruppen wegen des Programms besucht worden.

*Imke Bolten, Ribbeck*

# Weder Panik schieben noch einfachen Wahrheiten vertrauen

Der Bio-Getreidemarkt ist kompliziert; wichtig ist, genau hinzugucken, was passiert

**E**rst kamen Hiobsbotschaften aus Österreich, dann verbreiteten auch der Bauernverband in Brandenburg sowie der Bauernbund in Sachsen-Anhalt die Botschaft: Die Läger mit Bio-Getreide sind voll, die Preise im Keller. Aus Brandenburg hieß es, der Verbraucher entscheide am Ende doch nur nach dem Preis. Die Förderung des Ökolandbaus müsse sich an der Nachfrage orientieren, derzeit könne man keinem konventionellen Ackerbaubetrieb die Umstellung empfehlen. Es mangle an einem strategischen Gesamtkonzept für die Branche. In Sachsen-Anhalt begrüßte der Bauernbund, dass das Land – eigentlich aus Geldmangel – nicht allen Umstellungswilligen Prämien auszahlen kann, „die Schaffung weiterer Anreize durch hohe Umstellungsprämien wäre für die Landwirtschaft unverantwortlich“, heißt es in der Pressemitteilung.

## Differenzierter Blick

Carsten Niemann, Bioackerbauer aus Sachsen-Anhalt und im Fachausschuss Ökolandbau des Bauernverbandes, kritisiert in einem offenen Brief, dass die Situation verkannt und Angst geschürt werde. Es gelte, einen differenzierten Blick auf den Biogetreidemarkt zu werfen und dabei drei Aspekte zu betrachten: Zunächst gebe es einen etablierten, gewachsenen Markt für anerkannte

Bioware, in dem derzeit Weizen und Gerste Preise notierten, die gering unter denen vom Vorjahr lägen. Hafer und Dinkelpreise seien stabil, Roggen allerdings sei das Sorgenkind dieses Jahres. Nach Niemanns Ansicht ist das jedoch auch durchaus selbstgemachtes Leid: „Aber hier müssen wir Bio-Bauern uns leider an die eigene Nase fassen, inkl. der Autor. Wir haben uns nach der Ernte 2018 verzockt! In der Ernte ‘18, bis in den September des gleichen Jahres, wurde mit dem Argument ‚schlechteste Dürreernte ever‘ auf extreme Preise spekuliert und nicht verkauft. Die Mühlen glaubten an die Nichtverfügbarkeit deutscher Ware und haben sich bis Anschluss Ernte ‘19 mit baltischer und kanadischer Ware eingedeckt. Das merkten die deutschen Bio-Bauern viel zu spät und seitdem steht der Markt. Das hat nichts mit Umstellern oder zu hoher Ökoförderung zu tun!“, schreibt er. Gleichzeitig setzt er auf die Regenerationsfähigkeit des inzwischen starken Marktes, das Umweltbewusstsein der Verbraucher werde nicht geringer. Und es gebe eine stärkere Sensibilität heimischer Verarbeiter, auch heimisches Getreide einzusetzen, was sich auch darin ausdrücke, dass die Importzahlen in den letzten fünf Jahren zurückgegangen seien. Dem Argument, es gebe nicht die guten Qualitäten in Deutschland, stehe entgegen,

dass gerade auch in den letzten Jahren vermehrt gute Ackerbauern umgestellt hätten, die entsprechende Mengen und Qualitäten liefern könnten.

Beim Blick auf die Umstellungsware gebe es nichts zu beschönigen, sagt Niemann, es entstehe ein „U-Bio-Monoprodukt“, was vor allem ins Futter gehe, aber auch nur zum Teil in Biorationen dürfe. Dass Umstellungsware zum Ökopreis weggegangen sei, daran habe man sich zwar in den vergangenen Jahren gewöhnt, davon dürfe man aber nicht ausgehen. Schließlich gebe es zur Kompensation auch die höhere Umstellungsprämie. Man könne sich natürlich mit etwas Zeit und entsprechenden Akteuren auch spezielle Vermarktungsinitiativen wie ein Umstellungsbrot beim Discounter überlegen, so Niemann. Ein Streit über die Mittelverteilung sei da auch angesichts der globalen Umweltsituation unangebracht. „Die Politik muss stärker noch Einfluss nehmen, beispielsweise über mehr Bio in der Gemeinschaftsverpflegung.“ Da fehle in der Tat ein größeres Konzept.

## Zwei Welten

„Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“, sagt Anneli Fellinghauer, und dass ihr Eindruck schon sei, dass da von konventioneller Seite bewusst schlechte Stimmung gemacht werde. Sie ist bei

der Bio-Erzeuger-Gemeinschaft Öko-Korn-Nord für die Getreidevermarktung zuständig. Der mit rund 90 Betrieben größte Erzeugerzusammenschluss in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt beliefert zum großen Teil die Bohlsener Mühle, erzeugt aber auch Saatgut und Futter. „Der Bio-Getreidemarkt ist schon komplizierter und unberechenbarer geworden“, sagt Fellinghauer. Das habe auch damit zu tun, dass gerade größere neue Betriebe häufig versuchten – wie sie das noch aus konventionellen Zeiten kennen würden – „sämtliche Abnehmer zu googlen und dann da überall anrufen und ihre Ware anbieten“. So entstünden Mengen auf dem Markt, die zum Teil gar nicht da seien. Auch Fellinghauer plädiert sehr für einen differenzierten Blick. Verbandsware und vor allem auch die der Mitglieder – Öko-Korn-Nord handelt vor allem mit Bioland-Ware – sei sicher zu vermarkten, da gebe es ja im Vorfeld auch schon entsprechende Anbauplanungen.

## Verschiedene Konditionen

Hafer und Dinkel seien Wachstumsprodukte, Weizen und Gerste werde von deutschen Verarbeitern weitestgehend als Verbandsware verlangt. Schwierig sei es eben immer, wenn Bauern wie auch Verarbeiter pokern würden, bei Nicht-Verbandsware spiele dann auch die Herkunft oft keine Rolle, dann gehe es um den günstigsten Preis. Auch sie verweist auf den Roggen, der nach Jahren mit guten Preisen in den vergangenen Jahren nun „wie im klassischen Schweinezyklus“ viel angebaut wurde, hier und auch auf dem Baltikum. „Trotzdem muss man keine Panik schieben“, sagt Fellinghauer, die Nachfrage steige im Biomarkt eben auch nach wie vor. Wichtig ist ihr, die zwei Welten klar zu machen, die im Biomarkt existierten und zwischen denen sich Bauern und Bäuerinnen entscheiden müssten. In der einen Welt könnten Bauern in Erzeugergemeinschaften Verbandsware in Absprachen und Markttransparenz zu guten Konditionen erzeugen – „Wir haben auch Umsteller aufgenommen“ –, in der anderen kämen immer neue und auch große Akteure auf Seiten der Landwirtschaft und der Verarbeitung – Baywa, Agravis – hinzu und versuchten in erster Linie, einen guten Schnitt zu machen. „Man muss“, sagt Fellinghauer, „ein Solidarprinzip eben auch leben wollen.“ cs



Austausch über den Markt findet auch beim Ökosorten-Feldtag statt

Foto: Bohnhorst

„Alle für das Klima“, unter diesem Motto hatte die weltweite Jugendbewegung Fridays for Future zu einen globalen Klimastreiktag ausdrücklich auch alle Erwachsenen aufgerufen. Millionen Menschen rund um den Globus folgten dem Aufruf, während sich die Politiker in Berlin und New York auf unterschiedlichen Klimagipfel schwertaten, wirklich wirkungsvolle Maßnahmen zu beschließen. Dabei sprechen wissenschaftliche Studien eine eindeutigen Sprache: Wir müssen etwas tun und wir haben konkrete Ansatzpunkte. Bauern und Bäuerinnen sind mitten drin in der Bewegung, als Betroffene aber auch als diejenigen, die konkret etwas tun können. In diesem Jahr sind vor allem die Wälder von einem großflächigen Fichtensterben betroffen. Die Waldbauern suchen nach neuen Baumarten, die die Trockenheit besser verkraften und vor allem wieder CO<sub>2</sub> speichern. Dafür brauchen sie die Unterstützung der Politik, das machten einige von ihnen in einer Aktion deutlich. Drei Tage vor den Klimastreiktag blockierten sie Deutschlands größten Futtermittelhafen mit ihren Traktoren.



## Klimaschutz: anerkannt und doch vernachlässigt

Auf Kosten der Wirtschaftlichkeit will niemand Treibhausgase reduzieren obwohl die Klimaveränderungen überall sichtbar sind

**A**uch wenn in diesem Jahr keine Forderungen nach Dürreentschädigungen seitens des Bauernverbands geäußert wurden, so ist doch überall zu spüren, dass es auch in diesem Jahr 2019 viel zu wenig Niederschläge bei gleichzeitig zum Teil sehr hohen Temperaturen gab. In vielen Regionen Deutschlands konnte nur ein erster Schnitt vom Grünland eingebracht werden. Dem wärmeliebenden Mais fehlte vielerorts das nötige Wasser, um gute Bestände zu bilden. Am deutlichsten aber wurden die Auswirkungen des fehlenden Niederschlags der vergangenen zwei Jahre in den Wäldern, wo aktuell ein großflächiges Baumsterben vor allem in Fichtenbeständen, aber auch bei Birken und Buchen, stattfindet.

### Klimawandel, na und?

Schon 2007 kam der „Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen“ (IPCC) zu dem Schluss, dass die Erwärmung der Atmosphäre und der Ozeane seit Beginn der Industrialisierung vor allem auf der Freisetzung von Treibhausgasen durch den Menschen beruht. Es folgten weitere Berichte des IPCC, die allesamt den menschlichen Einfluss auf die sich abzeichnenden Klimaveränderungen aufzeigten. Spätestens vor

drei Jahren waren all diese Warnungen in der Gesellschaft angekommen und die verschiedenen Interessengruppen setzten sich intensiv mit den Auswirkungen und Folgen für ihre Bereiche auseinander. Dabei wurde eine Verschiebung der Klimazonen nach Norden prognostiziert. In Deutschland, so die Annahme, würde es einige Grad wärmer werden. Das stimmte zumindest die Strategen im Bauernverband optimistisch. Konnte man doch annehmen, dass bei gleichzeitigem Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehalts sich die Wachstumsbedingungen in Mitteleuropa verbessern würden. Da hatte noch keiner an das Wasser gedacht und die prognostizierte Ausbreitung der Sahara in Richtung Mittelmeer schien weit weg.

### Ein weltweites Phänomen

Es wird deutlich, dass derartige, auf kleine Regionen (Mitteleuropa) heruntergebrochene Betrachtungen keine Möglichkeit bieten, das Phänomen Klimawandel als solches zu verstehen oder geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Über 70 Prozent der Landoberfläche werden vom Menschen beeinflusst. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und andere Landnutzung waren im Zeitraum 2007 bis 2016 für rund 23 %

(12,0 ± 3,0 Gigatonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Jahr) der gesamten anthropogenen Netto-Treibhausgasemissionen verantwortlich, stellen die Wissenschaftler des IPCC in ihrem Sonderbericht 2019 fest. Gleichzeitig stellten die Wissenschaftler für den Zeitraum 2007 bis 2016 eine, durch die Reaktion des Ökosystems hervorgerufene, Senkung des CO<sub>2</sub>-Gehalts von rund 29 Prozent der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen fest. Obwohl die Pflanzen zumindest in der Vergangenheit offenbar durch verstärktes Wachstum den Anteil des klimaschädlichen CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre reduzierten, ist die Produktion im globalen Ernährungssystem, berücksichtigt man die vor- und nachgelagerten Bereiche, für „21 bis 37 % der gesamten anthropogenen Netto-Treibhausgasemissionen“ verantwortlich.

### Wir müssen reagieren!

Als international anerkannt gelten kann inzwischen das Ziel, die Erderwärmung und damit den Ausstoß klimaschädlicher Gase, Kohlendioxid, Methan und Lachgas, auf 1,5°C oder zumindest weit unter 2°C zu begrenzen. Für den Bereich Landwirtschaft wird ein nachhaltiges Landmanagement gefordert. Bei den Ausführungen wird das

Spannungsfeld sichtbar, in dem wir uns bewegen. Einerseits soll die Landnutzung „wechselnde menschliche Bedürfnisse decken“, gleichzeitig soll aber auch „das langfristige produktive Potenzial dieser Ressourcen sowie die Erhaltung ihrer ökologischen Funktionen“ bewahrt werden, so der IPCC-Bericht.

Beispiele für Optionen sind unter anderem „Agrarökologie (einschließlich Agroforstwirtschaft), bodenschonende Land- und Forstwirtschaftspraktiken, Vielfalt von Nutzpflanzen und von Arten im Wald, geeignete Fruchtfolgen in Ackerbau und Forstwirtschaft, ökologischer Landbau, integrierter Pflanzenschutz, Erhaltung von Bestäubern, Regenwassernutzung, Weidemanagement sowie Präzisionslandwirtschaftssysteme“. Neben den direkt in der Landwirtschaft ansetzenden Verbesserungen ist auch die Optimierung der Lebensmittelkette, weniger Nahrungsmittelverluste und -verschwendung, von großer Bedeutung. Das Minderungspotenzial liegt laut IPCC bis 2050 für Ackerbau und Tierhaltung sowie für den Bereich der Agroforstwirtschaft bei 2,3 bis 9,6 Gigatonnen und für den Bereich

# „Ein bäuerliches Zeichen setzen“

Eine Treckerblockade im Hafen in Brake holt die Klimaproblematik auf die Straße

In Brake am Hafen kommt alles zusammen. Als die Bauern und Bäuerinnen nach eineinhalb Stunden ihre Treckerblockade des größten deutschen Futtermittelhafens beenden, rollen an die 100 LKW in beide Richtungen durch das einzige Zufahrtstor. Wie eine Stampede wütender Elefantenherden in der Savanne donnern die Transporter vorbei. Plötzlich wird deutlich, dass es hier nicht nur um Soja aus abgebranntem Regenwald in Brasilien geht, um ein Handelsabkommen, das bäuerliche Existenzen dies- und jenseits des Atlantiks gefährdet, sondern auch um Transporte auf der Straße, um Energie und um Arbeitsbedingungen. Wie unter einem Brennglas konzentriert sich alles in der norddeutschen Provinz in einem Kaff an der Unterweser drei Tage vor dem globalen Klimastreiktag und den Offenbarungen des deutschen Klimakabinetts. „Ich stehe hier, weil ich als Bäuerin ein Zeichen setzen will“, hatte Elisabeth Fresen, AbL-Bundesvorsitzende, eineinhalb Stunden zuvor in eine Fernsehkamera gesagt, in der gestikulierenden Hand ein kleines Küchenmesser. Eigentlich hatte sie damit gerade Strohband geschnitten, um Transparente an den Treckern zu befestigen. Jetzt unterstreicht es ihre Entschlossenheit. Gemeinsam mit rund 40 AbL- und BDM-Bäuerinnen und -bauern sowie Unterstützern vom BUND und der Arbeitslosen Selbsthilfe in Oldenburg sind sie mit sieben Treckern vor das Zufahrtstor des Braker Hafengeländes gefahren. Nichts geht mehr, schon Minuten später stauen sich LKW in beiden Richtungen. Brake

an der Unterweser klingt erst einmal nach nicht viel, tatsächlich ist dort aber der wichtigste Hafen für Futtermittel und Getreide in Deutschland. 3,44 Millionen Tonnen davon wurden hier 2018 nach eigenen Angaben umgeschlagen. Vieles davon ist Soja, auch aus Südamerika, wo dafür nicht selten Wald- und Savannenflächen gerodet werden. Es landet in Futtertrögen nicht nur niedersächsischer Ställe, weil es konkurrenzlos billig ist und wichtiger Schmierstoff einer Fleischerzeugung, von der Bauern und Bäuerinnen trotzdem nicht leben können. Die weltweite Sojaproduktion hat sich in den letzten 60 Jahren zwanzigfach, auf 353 Millionen Tonnen im Jahr 2017. Allein in den letzten 20 Jahren hat sie sich mehr als verdoppelt. Die EU ist mit 33,3 Millionen Tonnen Sojaprodukten (Sojabohnen, Schrot, Öl etc.) pro Jahr nach China zweitgrößter Importeur. Nach Deutschland gingen 2018 3,5 Millionen Tonnen Sojaschrot. Das meiste Soja in Deutschland wird an Schweine verfüttert (1,8 bis 2 Mio. Tonnen), danach folgen Geflügel (1,2 bis 1,3 Mio. Tonnen) und Rinder (0,1 bis 0,2 Mio. Tonnen).

## Unterstützung für Jugend

Aber es geht eben um mehr als um Soja: Das geplante Mercosur-Handelsabkommen mit den südamerikanischen Ländern Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay würde durch Rindfleischimporte in die EU ohne Standards einer artgerechten Haltung und klimagerechten Fütterung billige Konkurrenz machen, erklärt Fresen, die



Hier stehen wir

Foto: Müller

Mutterkühe hält. „Mercosur darf nicht beschlossen werden“, auch weil im Gegenzug Bäuerinnen und Bauern in Südamerika durch z. B. Milchimporte aus der EU unter Druck gerieten. Deshalb war auch Milchbauer Peter Habena vom Bundesverband deutscher Milchviehhalter mit seinem Trecker vor dem Hafentor in Brake. „Wir brauchen eine Qualitätsstrategie mit fairen Preisen statt Exportstrategie.“ Heimische Eiweißfutterpflanzen, soziale Standards, Umwelt- und Klimaschutz, alles brin-

gen die Unterstützer der Blockade vor. Aus all diesen Gründen unterstütze man den Klimastreiktag drei Tage später und die Jugendbewegung Fridays for Future, resümiert Georg Janßen. „Wir können nicht länger warten.“ Schließlich treffe der Klimawandel Bäuerinnen und Bauern zuerst. Die LKW-Fahrer seien nicht die Verantwortlichen, er hoffe auf Verständnis, so Janßen. Dann räumten die Bauern und Bäuerinnen die Fahrbahn. **cs**

Fortsetzung Seite 12 unten

Änderung der Ernährungsweisen bei 0,7 bis 8,0 Gigatonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Jahr.

## Alles besser bei uns

In Deutschland beträgt der Anteil der Landwirtschaft am Ausstoß klimarelevanter Gase „nur“ 7,4 Prozent. Also alles gut. So zumindest stellt es der Deutsche Bauernverband dar, der insbesondere betont: „Das Pariser Klimaschutzabkommen 2016 hat der Ernährungssicherung und Beendigung des Hungers eine ‚fundamentale Priorität‘ zuerkannt.“ Gleichzeitig gesteht der DBV aber ein, dass Vorleistungen für die Landwirtschaft wie die Düngemittel-

und Pflanzenschutzmittelproduktion sowie alle nachgelagerten Bereiche wie zum Beispiel die Fleischverarbeitung nicht in der Landwirtschaft, sondern in der Industrie oder dem verarbeitenden Gewerbe bilanziert werden. In einer Stellungnahme des wissenschaftlichen Dienstes der Bundesregierung von 2016 wird unter anderem darauf hingewiesen, dass schon seit 2010 „die Gesamtbilanzüberschüsse auf 80 Kilogramm Stickstoff pro Hektar (kg N/ha) landwirtschaftliche Fläche gesenkt“ werden sollten, was jedoch nicht geschehen sei. Die aktuelle Verschärfung der Düngerverordnung ist als eine unmittelbare Reaktion auf diese vom Bauernverband bis heute nachhaltig ausgebremste Anpassung der Düngegrenzen anhand klima-

schonender Vorgaben und des Grundwasserschutzes zu sehen. Neben der Beendigung der Bewirtschaftung von Moorflächen, insbesondere der Ackernutzung, würde vor allem ein Abbau der extrem hohen Tierbestände Möglichkeiten für einen Beitrag zum Klimaschutz bieten. Welch großen Einfluss die Tierbestände haben, zeigen Erhebungen des Umweltbundesamtes, die für den Zeitraum 1990 bis 2014 eine Senkung der Ammoniak-Emissionen um „53.000 Tonnen oder 6,7 %, überwiegend aufgrund des Abbaus der Tierbestände in den neuen Bundesländern nach 1990“ feststellen. Die dritte bedeutende Quelle klimarelevanter Gase sind die synthetischen Dünger. Zum einen ist ihre Herstellung sehr ener-

gieintensiv, zum anderen entsteht bei ihrem Abbau Lachgas, das gegenüber CO<sub>2</sub> rund 330fach klimaschädlicher ist.

## Was fehlt?

Eine Strategie mit klaren Vorgaben und Regeln. Klimaschonende Landwirtschaft ist möglich und notwendig. Dafür muss man sich aber von der immer nach einem Maximum strebenden Ideologie des Wachstums befreien. Ein grundlegendes Umdenken im Landwirtschaftsministerium und auf den Höfen ist hier nötig. Wer nur nach hohen Deckungsbeiträgen und kostengünstiger Produktion schießt, wird nicht in Klimaschutz investieren, der erst in 30 Jahren sichtbar wird. **mm**

# Zehn Punkte, doch wenig Neues

Beim Klimakabinett präsentiert die Landwirtschaftsministerin ihre aktuellen Projekte

**B**is 2030, so die Beschlüsse des Klimakabinetts, sollen die deutschen Treibhausgasemissionen (THG) gegenüber 1990 um rund 55 Prozent, nämlich 563 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente, reduziert werden. Die größten Verursacher und damit auch die Bereiche mit dem höchsten Einsparpotential sind die Energie- und Wärmegewinnung, die Industrie und der Verkehr. Aber auch die Landwirtschaft trägt derzeit mit 7,3 Prozent zum THG-Ausstoß bei. Es sind zehn Punkte, mit denen die Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner ihren Beitrag bzw. vielmehr den der Landwirtschaft zur THG-Reduktion umreißt. Neben einer Senkung der Stickstoffüberschüsse, die im Grunde auf den Vorgaben der Düngeverordnung beruhen, sollen Wirtschaftsdünger verstärkt in Biogasanlagen zur Energieerzeugung genutzt werden. Der ökologische Landbau soll ausgebaut werden, insbesondere wegen seines Verzichts auf den Einsatz klimaschädlicher Mineraldünger. Auch die Tierhaltung findet Erwähnung: „Neben Forschung und Züchtung wird es auf die künftige Entwicklung der Tierbestände ankommen.“ Offenbar soll es aber nicht um einen gezielten Abbau der Tierzahlen, z. B. in den Intensivregionen, gehen. Allenfalls mehr Tierwohl könnte die Bestandszahlen reduzieren. Der Schwerpunkt liegt offenbar bei der Weiterentwicklung „emissionsmindernder Stalltechnik“ und der Forschung: „Zu erforschen und in die praktische Anwendung (Wissenstransfer) zu bringen sind Verbreitung, Weiterentwicklung und Etablierung der Präzisionsfütterung in der praktischen Nutztierfütterung, der Methoden zur Vermeidung und Minderung von Futterverlusten und der Minderung von Ernteverlusten bei der Futterwerbung.“ Weitere Punkte sind eine Steigerung der Energieeffizienz, der Humusaufbau im Ackerland, der Schutz des Dauergrünlands sowie der von Moorböden, aber auch die Förderung eines nachhaltigen Waldbaus sowie die Vermeidung von Lebensmittelabfällen.

Alles nicht neu, möchte man meinen. Und so bezeichnet der Grünen-Agrarsprecher Friedrich Ostendorff die im Eckpunktepapier aufgeführten Maßnahmen auch als „vollkommene Selbstverständlichkeiten und reine Platitüden“. Ein Beispiel für eine wirklich effektive Maßnahme für mehr Klimaschutz wäre für ihn die Entzerrung der „viel zu großen Anzahl an Tieren auf

zu wenig Fläche“. Stattdessen werde die allgemeine Floskel einer „Senkung der Stickstoffüberschüsse“ veröffentlicht, was ohnehin schon strafrechtlich von der EU-Kommission eingefordert worden sei, so Ostendorff.

## Am unteren Rand

Zwischen drei und 7,9 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente jährlich, so das Ministerium, könnten durch die Maßnahmen eingespart werden. Überraschen muss die große Spannweite von nur drei Tonnen bis zum 2,6fachen Betrag. Die Spreizung ergibt sich aus dem erwarteten Einsparpotential jeder der zehn einzelnen Positionen, die ihrerseits wiederum nicht klar gefasst sind und damit kein klares und vielleicht ambitioniertes Ziel vorgeben, sondern allenfalls einen Korridor beschreiben. Außerdem überschneiden sich die einzelnen Punkte immer wieder, sind nicht klar gegeneinander abgegrenzt. Der Bund geht davon aus, dass die Land- und Forstwirtschaft bei Fortsetzung der bereits bestehenden Maßnahmen zur Emissionsminderung bis 2030 bei einem THG-Ausstoß von 67 Millionen Tonnen ankommt. Die dann noch verbleibende Lücke von rund sechs bis neun

Millionen Tonnen soll durch die im Rahmen des Klimakabinetts vorgestellten Maßnahmen geschlossen werden. Vergleicht man die Spanne der geplanten Einsparungen mit diesen eigentlich notwendigen, wird deutlich, dass die geforderten Reduktionen von der Landwirtschaft nur dann erbracht werden können, wenn die maximalen Einsparungsziele in der Regel erreicht werden. Das Maximalziel von neun Millionen Tonnen wurde offenbar vom Ministerium gar nicht erst angestrebt.

## Der Wert des Klimas

Es wird auf die Ausgestaltung der einzelnen, im Zehn-Punkte-Papier ange deuteten, Förder- und Steuerungsinstrumente ankommen, ob und wie der Umbau der Landwirtschaft gestaltet wird. Wenn man sich vor Augen führt, wie intensiv, wie lange und mit welchem gesellschaftlichen Interesse der Umbau der Tierhaltung diskutiert wird, ohne dass bisher die, auch vom wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung geforderten, finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt wurden, kann man sich durchaus fragen, ob es am Ende allein die Bauern sein sollen, die den Umbau hin zu einer nachhaltigen, klimascho-

nenden Landwirtschaft finanzieren sollen. Unbestritten die größten CO<sub>2</sub>-Speicher sind der Wald und die Moore. Beide Biotop sind aktuell stark angegriffen. Ganze Wälder vertrocknen, sterben ab (siehe Seite 14). Moore wurden entwässert, um sie bewirtschaften zu können und werden noch immer zu Ackerland umgewandelt (Artikel S. 6). Eine Wiedervernässung, die zwangsweise mit einer starken Nutzungseinschränkung oder sogar einem kompletten Nutzungsverzicht verbunden wäre, wird allenfalls, so das Bundesministerium, auf freiwilliger Basis erfolgen. Gut für den Einzelbetrieb, aus Sicht des Klimaschutzes eine vertane Chance. Müsste man nicht vergleichbar mit dem Ausstieg aus dem Braunkohleabbau in der Lausitz beispielsweise auch für die Bewirtschaftung klimarelevanter Moorböden ein von der Gesellschaft finanziertes Ausstiegsszenario für die betroffenen Menschen entwickeln? Kann ein Klimaschutz funktionieren, der sich auch weiterhin an den Maximen eines privatwirtschaftlichen Wachstums orientiert, in das die Kosten für die Beeinträchtigung von Umwelt und Natur allenfalls marginal einkalkuliert sind?

mm



Die Jugendbewegung „Fridays for Future“ hatte am Freitag, dem 20. September zum globalen Klimastreiktag aufgerufen. Schon im Vorfeld hatten sich Umwelt- und Tierschutzverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen und auch Bauernorganisationen solidarisch erklärt. Es sollte ein machtvolles gemeinschaftliches Zeichen für mehr Klimaschutz werden und am Ende folgten mehrere Millionen Menschen in 450 Ländern dem Aufruf. In Deutschland demonstrierten rund 1,4 Mio. Menschen. In den großen Metropolen wie Berlin, Hamburg, München, Köln waren es jeweils zehntausende Teilnehmer, aber auch in ländlichen Regionen trafen sich Menschen quer durch die Gesellschaft. Viel kleinliche Kritik müssen sich die Schülerinnen und Schüler seit Beginn der regelmäßigen Streiks an Freitagen anhören: Sie seien Wohlstandsverwöhnte, die sich mit SUVs zu den Demos bringen ließen, um dem Unterricht zu entgehen. Sie seien zu radikal, nicht die Menschen mitnehmend in ihren Forderungen. Der 20. September zeigte, dass die Bewegung dennoch in der ganzen Gesellschaft mobilisieren kann. Und das nicht nur in der westlichen Wohlstandswelt, sondern auch in Indien, Afghanistan und im Senegal. cs

# Trockenheit führt zu Fichtensterben

Der Klimawandel mit höheren Temperaturen und weniger Niederschlag erfordert einen Waldumbau

Es geht um Produktionsflächen für Holz oder natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher. Es geht um Klimawandel, Borkenkäfer und sterbende Wälder. In erster Linie geht es aber um einen Waldumbau – weg von einseitig auf Ertrag ausgerichteten Monokulturen, vor allem von Fichten. Ökologisch sind diese meist dunklen, extrem artenarmen Bestände noch nie besonders schützenswert gewesen. Aber das heranwachsende Fichtenholz ist, wenn die Bäume ihre Erntereife erreichen, ein begehrter Rohstoff in der Bauindustrie. Bauen mit Holz, das bedeutet, sieht man von der Möbelproduktion ab, in den meisten Fällen Bauen mit Fichte. Dass der Wald neben dem Erholungs- vor allem auch ein Wirtschaftsraum ist, macht man sich nicht immer bewusst. Hier wird produziert. Nicht in Minuten, wie am Fließband, nicht für das kommende Jahr, wie in der Landwirtschaft. Der Produktionszeitraum erstreckt sich über mehrere Generationen. Ganz unabhängig davon, ob der Wald im öffentlichen oder privaten Besitz ist, nie ist die „pflanzende“ Generation auch die, die erntet. Dass der für Mitteleuropa in den Klimaszenarien prognostizierte Temperaturanstieg für den Wald, wie er aktuell besteht, Probleme bereitet, das ist innerhalb von Forstkreisen lange bekannt und schlägt sich in teilweise bis auf einzelne Waldgebiete heruntergebrochenen Waldentwicklungsplänen nieder. Immer mit der Grundausrichtung, die Fichtenanteile deutlich zu Gunsten von Laubbäumen zu reduzieren, weniger Monokultur und mehr Mischwald. Die niedersächsischen Landesforsten beispielsweise haben schon vor 25 Jahren damit begonnen, den Waldumbau anzustoßen, und schreiben die Waldbaupläne immer weiter fort, um sie den aktuellen Entwicklungen anzupassen. In der letzten Aktualisierung von 2017 geht das Papier zur klimaangepassten Baumartenwahl von einer durchschnittlichen Temperaturerhöhung in Niedersachsen um 3,5 Grad im Zeitraum von 1960 bis 2070 aus. Gleichzeitig wird eine Reduktion der Niederschläge um 35 mm angenommen. Höhere Temperaturen und ein geringerer Niederschlag, insbesondere in der Vegetationsperiode, führen bei vielen Waldbäumen zu Trockenstress. Dieser beschreibt einen Zustand, in dem der Niederschlag geringer ist als die mögliche Verdunstung des Baums. Im Vergleich mit Buche und Tanne



Erst die Trockenheit und dann der Borkenkäfer

Foto: Schemmi/pixelio

schneidet die Fichte hierbei deutlich schlechter ab. Deutlich besser mit Trockenstress zurecht kommen Eiche und Douglasie, gefolgt von der Kiefer.

## Der Borkenkäfer

Ein vierzigjähriges Planungsfenster versuchen die Wissenschaftler und Förster mit ihrem Umbauplan hin zu einer klimaangepassten Baumartenentwicklung zu beschreiben. Nicht einkalkuliert hatten sie den Borkenkäfer. Vor allem die Fichten sind auch aufgrund ihrer besonderen Trockenstressanfälligkeit, in Folge der Trockenheit des vergangenen Jahres, nur geringer Niederschlagmengen im Winter und erneuter Trockenheit in der aktuellen Wachstumsperiode, stark angegriffen. Natürlicherweise würde sich ein vitaler Baum gegen den Versuch eines Borkenkäfers, sich in die Rinde einzubohren, mit einer verstärkten Harzproduktion wehren. Hierfür fehlt vielen Fichten allerdings das Wasser und die Vitalität. Die Folge sind großflächig abgestorbene Fichtenwälder.

## Schlimmer als Kyrill

Spricht man mit Forstunternehmern in den von massivem, großflächigem Fichtensterben betroffenen Regionen, wird einem schnell die langfristige Dramatik

der Entwicklungen bewusst. Michel Alterauge, der selbst Waldbauer ist und in Drolshagen im Regierungsbezirk Arnsberg ein Forstunternehmen betreibt, schildert die dramatischen Entwicklungen. „Aktuell haben wir so viel zu tun, dass wir nicht hinterherkommen. Aber wenn es so weitergeht, dann gibt es hier in zwei Jahren keinen Wald mehr.“ Alterauge, der 13 Angestellte hat, sieht durch das Waldsterben seine zukünftige Existenz bedroht. „Es wird hier auch in Zukunft Arbeit im dann neu zu pflanzenden und zu pflegenden Wald geben. Aber wer kann schon einen Tag lang junge Bäumchen pflanzen oder mit dem Freischneider die Brombeeren abmähen“, beschreibt er die sich ändernden Arbeiten. Aus Sicht des Praktikers sind aber aktuell noch ganz andere Probleme vorherrschend. „Die vom Borkenkäfer befallenen Bestände, die wir in diesem Jahr nicht abarbeiten können, werden, aufgrund der morschen Stämme, im kommenden Jahr zu einer großen Gefahr bei der Holzernte, weil ein Stamm viele andere mitreißen kann“, so Alterauge.

## Klimaschutz durch Wald und Holz

„Wir lassen den Wald nicht sterben“, hat man wohl in den Pressestellen der Länder gedacht und die Ministerpräsi-

denten im Anzug mit Handschuhen und Spaten in den Wald zum Bäume-pflanzen geschickt. „Wir tun was!“ sollte offenbar die Botschaft dieses Aktionismus sein. Dabei ist gar nicht klar, wie ein Ausweg überhaupt aussehen kann. Noch 2016 hat der Wissenschaftliche Beirat zur besseren CO<sub>2</sub>-Speicherung eine Erhöhung des Nadelbaumanteils kombiniert mit einer verstärkten Nutzung von Holzprodukten auch im Bausektor empfohlen. Aktuell will man den Anteil der weit verbreiteten Fichte massiv reduzieren. Jetzt schnell in einen zum Teil bis in über einen Meter Tiefe staubtrockenen Boden Bäumchen zu setzen, ist jedenfalls wenig zukunftsweisend. Und selbst wenn Regen die Wassersituation entspannen sollte, so Alterauge, ist das benötigte Pflanzgut gar nicht verfügbar. 10.000 Setzlinge würde man normalerweise pro Hektar kalkulieren. Vielleicht könnte man, so seine Überlegungen, aber mit einem Viertel auskommen, wenn man truppweise pflanzt. So gäbe es intensiv gepflegte Räume neben solchen, in denen eine natürliche Entwicklung stattfinden könnte, und das knappe Pflanzgut würde für mehr Fläche reichen. Doch bevor man aufforstet, muss das Holz von der Fläche. Lasse man es liegen, stürte es zum einen bei der weiteren Bewirtschaftung, vor allem aber würde in Folge der Verrottung das gespeicherte CO<sub>2</sub> freigesetzt. Da aktuell aber auch die Aufnahme am Markt begrenzt ist – viel Holz geht nach China – könnte es sich empfehlen, über eine thermische Verwertung nachzudenken. Auch dann würde das CO<sub>2</sub> freigesetzt, könnte aber, soweit die technischen Voraussetzungen geschaffen wären, beim Einsatz in Kohlekraftwerken Braunkohle ersetzen.

## Die Waldbesitzer unterstützen

Großes Angebot, schlechte Preise und das Sterben vieler Bestände vor ihrem Nutzungsalter sind für viele Waldbauern ein finanzielles Desaster. Einen Bestand neu zu begründen und in Kultur zu bringen, kostet zwischen 8.000 und 10.000 Euro/ha. Vor dem Hintergrund der Klimarelevanz des Waldes als CO<sub>2</sub>-Speicher wäre hier eine aktive Förderung wünschenswert. Wie genau dies aussehen kann und vor allem welche Bäume angepflanzt werden sollten, das gilt es jetzt aufgrund der aktuellen Erfahrungen und der Klimaprognosen zu erarbeiten.

# Futtergräser für den Klimawandel?

Einblicke in die Futtergräserzüchtung der Deutschen Saatveredelung

Die verschiedenen Futtergräserarten wie Deutsches Weidelgras, Wiesenschwingel, Wiesenrispe, Lieschgras und Knautgras sowie Kleearten sind äußerlich nicht leicht zu unterscheiden. Das gilt erst recht für ihre vielen Sorten, in die Bauern und Bäuerinnen aus Nordrhein-Westfalen nun Einblick nehmen konnten. Die AbL NRW organisierte eine Besichtigung der Futtergräserzüchtung der Deutschen Saatveredelung (DSV) in Ven-Zelderheide in den Niederlanden. Die Produktmanager der DSV, Willi Pütter und Luuk Maas, gaben Einblicke in die Züchtung und diskutierten über Anbaustrategien im Angesicht des Klimawandels.

## Konzentrierte Züchterszene

Futtergräser nehmen nur 3 % des europäischen Saatgutmarktes ein. Ein großer Teil der Futtergräser-Sorten wird von großen internationalen Konzernen gezüchtet. Der aus Dänemark stammende Marktführer DLF hat sowohl weltweit als auch in Europa einen Marktanteil von 25 %. In der „Sortenliste Futtergräser, Esparsette, Klee, Luzerne“ des Bundessortenamtes in Deutschland wurden 86 % der Sorten von sieben Firmen angemeldet. Dabei stammen 18 % der Sorten von DLF und 24 % von der DSV. Weitere Züchter aus Deutschland sind die Saatzucht Steinach und die Norddeutsche Pflanzenzucht, die in Kooperation mit DSV züchtet. Feldsaaten Freudenberger hat ein umfassendes Sortiment an Futtergräsern, aber züchtet nicht selbst, sondern vertreibt Sorten von anderen Züchtern. Auch die Konzerne Barenbrug aus den Niederlanden und RAGT aus

Frankreich züchten Futtergräser. Bei der DSV werden nicht nur Futtergräser, sondern auch Zwischenfrüchte, Raps und Getreide gezüchtet mit weltweit 1.000 angemeldeten Sorten. Mehr als ein Drittel des Saatgutes wird exportiert und es gibt Tochterunternehmen in Frankreich, England, Polen, den Niederlanden, Dänemark, der Ukraine und Argentinien. Der Konzern hat 600 Mitarbeiter und 2017/18 betrug der Jahresumsatz 173,6 Mio. Euro. Mehr als 1.500 Vertrags-Landwirte vermehren Saatgut für die DSV.

## Wie züchten?

Die Züchtung der DSV findet an etwa 40 Standorten in Deutschland, Europa und Nordamerika statt. Bei der Gräserzüchtung muss am Anfang interessantes Zuchtmaterial vermehrt werden. Dann wird jeder Zuchtstamm auf mehreren fünf Quadratmeter großen Parzellen analysiert und es werden Kreuzungen durchgeführt. Wenn bei uns Winter ist, ist in Chile und Argentinien Sommer, sodass dort auch Gräser angebaut und getestet werden, um Zeit zu sparen. Zur Schaffung kontrollierter Bedingungen wird nur mineralisch gedüngt. Bei den Zuchtstämmen werden unterschiedliche Eigenschaften getestet wie beispielsweise der Ertrag, wobei im ersten Jahr keine und im zweiten Jahr vier bis sechs Schnitte stattfinden. Der Futterwert wird im Labor bestimmt. In Frankreich sind Gräser durch Rost gefährdet, sodass dort die Krankheitsresistenz untersucht wird. Um konkurrenzfähiges Weidelgras zu finden, wird es im Gemisch mit Rotschwingel

angebaut. Die DSV bietet auch Grünlandmischungen mit einer größeren Artenvielfalt an. Herr Maas berichtete, dass dadurch auch ein vielfältigeres Bodenleben entstehe und die Zahl der Regenwürmer zunehme. Der Nachteil sei, dass widerstandsfähige Arten schlechter verdaulich seien und viele Kräuter und Leguminosen nicht so viele Schnitte vertragen würden.

## Gräserwandel?

In Zeiten des Klimawandels mit Wetterextremen und trockenen Jahren hat nach Ansicht von Herrn Pütter die Grünlandpflege einen größeren Einfluss als die Auswahl der Arten. Das wichtigste sei, wertvolle Arten zu behalten und unerwünschte Unkräuter wie Quecke und Gemeine Rispe herauszustriegeln, Ampfer auszustechen und Lücken sofort durch Nachsaat zu schließen. Zwar vertrockne Deutsches Weidelgras bei Trockenheit sehr schnell, aber regeneriere sich bei Regen auch wieder, sodass er es immer noch als leistungsfähigstes Gras bewertet. Im letzten trockenen Jahr waren die mit langen Wurzeln ausgestatteten Arten Spitzwegerich, Futter-Chicorée und Rotklee noch lange grün. Für das Einmischen von trockenoleranteren Gräsern könne er sich aktuell Knautgras vorstellen, auch wenn es weniger schmackhaft sei. Rohrschwingel oder Trespen aus Kasachstan seien aus seiner Sicht etwas für in vielleicht 20 Jahren.

*Svenja Holst, AbL-NRW-Projekt „Saatgut in Bauern- und Gärtnerhand“*



## KLJB und Grüne Jugend

„Eine klimagerechte Landwirtschaft bedarf vernünftiger politischer Leitplanken, darf aber nie ohne die Einbindung der Landwirt\*innen selbst geschehen! Nur gemeinsam können wir die Ziele erreichen“ sagt Sarah Schulte-Döinghaus, Vorsitzende der katholischen Landjugendbewegung (KLJB). Gemeinsam mit Niklas Wagener, Vorstandmitglied der Grünen Jugend hat sie für die KLJB nun einen offenen Brief an Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) mit konkreten Forderungen verfasst. „Wir wollen den Humusverlust der landwirtschaftlichen Böden ebenso wenig akzeptieren, wie den Verlust wertvollen Bodens durch Versiegelung oder Umnutzung“, erklärt Schulte-Döinghaus deshalb fordere man neue Agrarkonzepte. Darüber hinaus fordern die Jugendorganisationen, das 1,5 Grad-Ziels als Richtschnur des Handelns in der Landwirtschaftspolitik heranzuziehen. Dafür müssen die Emissionen aus der Landwirtschaft bis 2050 um 60 Prozent gesenkt werden. Des Weiteren fordern sie eine besondere Beobachtung von Degradierungsprozessen auf Acker- und Grünlandstandorten und eine gesetzliche Verpflichtung zur Degradierungsneutralität in den nächsten fünf Jahren. Auch die AbL unterstützt das Schreiben. pm



Auch die Züchtung muss mit neuen Grassorten und -mischungen auf Wetterextreme reagieren

Foto: Stephan/BLE

## Neonikotinoide und Vogelzug

Vögel, die mit ihrem Futter Neonikotinoide aufnehmen, verlieren an Gewicht und brauchen mehrere Tage, bis sie die Migration fortsetzen können. Kanadische Wissenschaftler an der Universität Saskatchewan fingen mehr als 30 Weißschieitellammern, Zugvögel, die im Frühjahr in Ontario Station machen.

Die Vögel wurden in Gruppen eingeteilt. Zwei erhielten unterschiedlich hohe Dosen des neonikotinoidehaltigen Pestizids Imidacloprid, die Kontrollgruppe bekam Sonnenblumenöl. In der hohen Dosierung bekamen die Vögel das Äquivalent von 3,5 mit Imidacloprid behandelten Rapssamen oder einem fünftel Sonnenblumenkern, eine Menge, die sie in der Natur realistisch aufnehmen könnten. Der Vergleich der MRT-Scans vor und sechs Stunden nach der Fütterung zeigte, dass die Vögel, die Neonikotinoide bekommen hatten, 17 % bzw. 9,3 % ihres Körpergewichtes verloren hatten, bei der Kontrollgruppe ergab sich keine Veränderung. Die Wissenschaftler führen den Gewichtsverlust auf die appetitunterdrückende Wirkung der Neonikotinoide zurück: Die Vögel nahmen bis zu 70 % weniger Nahrung zu sich.

Nach ihrer Freilassung blieben die Vögel weitere drei bzw. vier Tage in der Region, um sich zu erholen. Die der Kontrollgruppe flogen bereits nach einem halben Tag weiter. Die Forscher gehen davon aus, dass Neonikotinoide zur Abnahme der Singvogelzahlen beitragen: „Vögel, die verspätet in den Brutgebieten ankommen, haben geringere Reproduktionsraten oder brüten gar nicht“, sagte Christy Morrissey, Koautorin der Studie. ml



Auf Forschung muss eine unabhängige umfangreiche Zulassungsprüfung folgen

Foto: Bayer

## Zulassungsprüfung unzureichend

Die Kombination verschiedener gentechnischer Veränderungen wird im Zulassungsverfahren nicht berücksichtigt

**E**s kommen immer mehr Gentechnik (GV)-Pflanzen auf den Markt, die Kombinationen mehrerer GV-Eigenschaften tragen. Diese „stacked“ (gestapelten) GV-Pflanzen produzieren meist Insektengifte (Bt-Toxine) und sind gleichzeitig gegen Herbizide wie Glyphosat resistent. Die erste GV-Sojabohne mit diesen Eigenschaften war „Intacta“ (MON87701 X MON89788) von Monsanto (jetzt Bayer). Intacta produziert ein Insektengift, ein sogenanntes Bt-Toxin, und ist gleichzeitig unempfindlich gegen den Wirkstoff Glyphosat (enthalten u. a. in Roundup).

### Kombinationswirkungen nicht geprüft

Ein wesentlicher Kritikpunkt unterschiedlicher Verbände und Wissenschaftler ist, dass die kombinierten GV-Pflanzen nur unzureichend auf gesundheitliche Risiken geprüft werden. Vor allem werden mögliche Wechselwirkungen zwischen den Glyphosat-Rückständen und dem Insektengift nicht untersucht. Zudem besteht der Verdacht, dass mit dem Verzehr der GV-Soja ein erhöhtes Risiko für Immunkrankheiten einhergeht. Aus diesen Gründen reichten der Verein Testbiotech, das Europäische Netzwerk kritischer Wissenschaftler\*innen (ENSSER) und der Verein Sambucus im März 2013 Klage gegen die EU-Kommission ein, die 2012 den Import von Intacta zur Verwendung in Lebens- und Futtermitteln zugelassen hatte. Monsanto, die englische Regierung und die EFSA traten der Klage auf Seiten der Kommission bei. Ende 2016 wies der EuGH die Klage ab (C-82/17 P). Nach Auffassung des Gerichts konnten die Kläger keine neuen Risiken für Umwelt und

Verbraucher „nachweisen“. Diese Auslegung sei eine Umkehr der Beweislast gewesen, kritisierte Christoph Then von Testbiotech, denn „im Gegensatz zur Auffassung des Gerichts liegt die Beweislast dafür, dass diese Pflanzen sicher sind, bei der Industrie.“

Im Januar 2017 veröffentlichte Testbiotech eine wissenschaftliche Publikation, die zeigte, dass die Risiken der gentechnisch veränderten Sojabohnen tatsächlich nicht ausreichend untersucht worden waren, und forderte, dass GV-Pflanzen, die kombinierte Eigenschaften aufweisen, einer besonders gründlichen Risikoprüfung unterzogen werden müssten. Insbesondere müssten die Wechselwirkungen zwischen dem Pflanzengenom und Umweltstressfaktoren sowie daraus resultierende Auswirkungen, beispielsweise auf die Zusammensetzung der Pflanzeninhaltsstoffe, systematisch untersucht werden. Im Hinblick auf Intacta müssten insbesondere die Wirkungen des Bt-Giftes auf das Immunsystem detailliert untersucht werden, weil die Gefahr bestünde, dass dieses allergische Reaktionen auf Soja-Allergene verstärken könne. Auch die möglichen kombinatorischen Wirkungen der Herbizidrückstände mit dem Bt-Toxin müssten geprüft und bewertet werden.

### Schutz von Mensch und Umwelt

Dies alles sei bei Intacta nicht berücksichtigt. Deshalb legten die Kläger Anfang 2017 Revision ein, einerseits um rechtliche Fragen (wie die der Beweislast) zu klären, aber auch um höhere Standards für die Zulassungsprüfung von GV-Pflanzen durchzusetzen. Am 12. September 2019

wies der EuGH die Klage zurück. Dem Gericht nach seien die Risiken der GV-Soja ausreichend untersucht worden. In einer ersten Bewertung fordern die Kläger die neue EU-Kommission auf, „dem Schutz von Mensch und Umwelt mehr Gewicht einzuräumen als den Interessen der Konzerne“, so Angelika Hilbeck von ENSSER. Laut Testbiotech wurden inzwischen 70 GV-Pflanzen zum Import genehmigt. Viele seien gleich mehrfach genetisch verändert. Christoph Then fordert: „Die gesundheitlichen Risiken des Verzehrs von Nahrungsmitteln, die diese Pflanzen enthalten, müssen wesentlich genauer untersucht werden. Vor allem müssen auch die spezifischen Kombinationswirkungen der in den Pflanzen gebildeten Insektizide mit den Rückständen der eingesetzten Komplementärherbizide untersucht werden.“ Testbiotech erwägt mögliche weitere Klagen. Hilfreich dabei könnte eine neue EU-Verordnung sein (Regulation 503/2013), die etwas höhere Standards vorschreibt und bestimmte Mindeststandards auch gesetzlich verbindlich regelt.

Ende Oktober werden in der Schweiz die Ergebnisse eines mehrjährigen Forschungsprojektes (RAGES) vorgestellt, an dem rund ein Dutzend industrieunabhängige europäische Wissenschaftler\*innen beteiligt waren. Dort werden mehrere Berichte zu den Mängeln der bisherigen Zulassungspraxis in der EU und der Schweiz veröffentlicht. Testbiotech, ENSSER und GeneWatch UK erwarten, dass das Ergebnis zu wesentlichen Verbesserungen in der Gentechnikpolitik der EU beitragen wird.

Annemarie Volling,  
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft



# Unkonkrete Ackerbaustrategie

AgrarBündnis für Systemwandel statt Symptombekämpfung

In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD, CDU und CSU vereinbart, eine Ackerbaustrategie für Deutschland zu entwickeln. Der Handlungsbedarf ist unbestritten und ein Entwurf liegt vor. In Kassel trafen sich die Verbände des AgrarBündnisses um zu diskutieren, wie man mit diesem Entwurf umgehen soll. Das Bundeslandwirtschaftsministerium formuliert sechs Leitlinien zu den Themen ausreichende Versorgung, Umwelt- und Ressourcenschutz, Biodiversität, Klimaschutz und Klimaanpassung, Einkommenssicherung sowie gesellschaftliche Akzeptanz. Daraus ergeben sich mehr als 50 Einzelmaßnahmen. Gerald Wehde, agrarpolitischer Sprecher von Bioland, findet die Beschreibung der Problematik und Handlungsbedarfs in weiten Teilen nicht schlecht: „Mit dem Datenmaterial kann man arbeiten und natürlich sind wir für eine Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit und für die Steigerung des Humusgehaltes.“ Auch bei den anderen Teilnehmer/innen regte sich kein Widerspruch gegen die Ausweitung des Kulturpflanzenspektrums oder die Erhöhung von Resistenz- und Toleranzeigenschaften in Kulturpflanzen.

## Systemwandel?

Unterschiede zum Landwirtschaftsministerium gab es allerdings in der Bewertung der vorgeschlagenen Wege in der Pflanzenzüchtung und bei der Digitalisierung. Bei der Digitalisierung bestehe die Gefahr, dass bäuerliches Erfahrungswissen verloren gehe. Die Bedenken waren jedoch vor allem grundsätzlicher Art. Gerald Wehde kritisiert die Verzettelung. Die Ackerbaustrategie sei ja nur eine von vielen Strategien. Ein Gesamtkonzept, das einen Systemwandel in die Wege leite, stehe nicht dahinter. Katrin Wenz vom Bund für Umwelt und Naturschutz sieht noch weitere Defizite: es gebe keinen zeitlichen Rahmen, kein Budget für konkrete Maßnahmen, keine Indikatoren, ob etwas erreicht werde und auch konkrete gesetz-

liche Veränderungen seien bisher nicht formuliert worden. Für Bernd Voß, AbL-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein, fehlt bei den Vorschlägen ein Konzept für eine Produktdifferenzierung am Markt. Die unterschiedlichen Qualitäten der Ackerbauprodukte müssten deutlicher werden und die Preisbildung beeinflussen. Allein über Steuermittel sei der notwendige Umbau nicht zu finanzieren.

Das AgrarBündnis diskutierte nicht nur das „wohin“ sondern auch das „wie“. Eine Mischung verschiedener Instrumente müsse zum Einsatz kommen. Dazu gehören klare Regelungen im Ordnungsrecht genauso wie Abgaben, um unerwünschte Produktionsformen gezielt zu verteuern. Die Abgaben sollen in Fonds fließen, mit denen sinnvolle Investitionen unterstützt werden: beispielsweise bei der Saatgutzüchtung oder in regionale dezentrale Infrastruktur. Das AgrarBündnis machte sich auch auf die Suche nach dem „Ringelschwanz“ für den Ackerbau. Es ging darum, einen Hebel zu finden, mit dem verschiedene Ziele gleichzeitig erreicht werden können. Er muss grundsätzliche Veränderungen am System in Gang setzen. Er muss für die Öffentlichkeit leicht verständlich und kampagnenfähig sein. Er muss den Unterschied zwischen Qualitäts- und Massenproduktion symbolisieren. Und nicht zuletzt sollte sich der Verwaltungsaufwand für Kontrollen in Grenzen halten. Viel Zustimmung fanden bei dieser Suche vielfältige Fruchtfolgen, aber auch Strukturvielfalt, der (steigende) Humusgehalt oder der Verzicht auf Totalherbizide. Auf jeden Fall ist es nicht der Blühstreifen. Der ist das Symbol einer Ersatzhandlung. Das eigentliche System Ackerbau wird nicht verändert. Aber gerade darum muss es gehen.

Für das AgrarBündnis steht fest: Für die Verbände ist es sinnvoll, sich an den nun beginnenden Dialogrunden zu beteiligen. Allerdings muss man eigene Ziele setzen und aufpassen, nicht Teil eines ineffizienten Aktionismus zu werden.

*Frieder Thomas,  
Geschäftsführer AbL-BW*

## USA: Vereinfachte Zulassung von GV-Pflanzen

Mitte Juni hat US-Präsident Donald Trump die zuständigen US-Behörden angewiesen, die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) zu erleichtern. Innerhalb von sechs Monaten sollen die US-Landwirtschaftsbehörde APHIS, die Umweltbehörde EPA und die Lebensmittelbehörde FDA ihre Regelungen für GVO entsprechend überarbeiten, so das Dekret. Zudem sollen die Behörden Strategien entwerfen, um Vertrauen und Akzeptanz von neuen GVOs in der Gesellschaft, aber auch bei den Handelspartnern, zu erhöhen und „ungerechtfertigte Handelsbarrieren“ zu beseitigen. Die APHIS schlug jetzt vor, dass Unternehmen in Zukunft nur noch eine Selbstverpflichtungserklärung verfassen sollen, in der sie angeben, dass ihr neues GV-Produkt – gemäß den staatlichen Vorgaben – nicht regulierungspflichtig ist. Verbraucherschutzorganisationen kündigten Widerstand an. Zur Not werde man juristisch gegen die zu erwartenden Gesetzesänderungen angehen, so George Kimbrell, Geschäftsführer von CFS (Centre for Food Safety). Auch fünf große Agrarhandels- und Futtermittelorganisationen äußerten Kritik. Mit einem derart breiten Selbstverpflichtungsansatz für die Biotech-Unternehmen bestehe die Gefahr, dass sowohl die Akzeptanz der Verbraucher als auch die internationale Anerkennung der staatlichen Regulierung untergraben würden. av

## Brasilien: GV-Mücken außer Kontrolle

Im Rahmen eines Versuchsprojektes wurden in Jacobina (Brasilien) zwischen 2013 und 2015 jede Woche tausende – insgesamt 450.000 – gentechnisch veränderte (GV-)Männchen der Stechmückenart Ägyptische Tigermücke (*Aedes aegypti*) ausgesetzt. Ziel des Versuchs war es, lokale Mückenpopulationen zu dezimieren, um durch sie übertragene Krankheiten wie Gelbfieber-, Denguefieber- und Zika-Infektionen zu dezimieren. Die Gentechniker der Firma Oxitec (Intrexon) hatten gehofft, mit den GV-Männchen eine sichere Lösung gefunden zu haben. Kritiker hingegen warnten, dass dieser Eingriff in die freie Natur Risiken berge. Theoretisch hätte die gentechnische Veränderung dafür sorgen sollen, dass sämtliche weibliche Nachkommen aus Paarungen mit GV-Männchen nicht lebensfähig sind. Jedoch haben entgegen den Erwartungen einige Weibchen überlebt. Sie waren sogar fit genug, um sich mit ihren nicht veränderten Artgenossen zu paaren. Nun breitet sich die gentechnische Veränderung in den natürlichen Populationen (und auch in Nachbargebieten) aus. Dies zeigt eine neue Studie in der Fachzeitschrift *Scientific Report*. Demnach weisen in den betroffenen Regionen zwischen zehn und 60 Prozent der Mücken Teile des Erbgutes der freigesetzten GV-Mücken auf. Verantwortlich dafür sind möglicherweise spontane Mutationen, die die Wirkung der gentechnischen Veränderung ausschalten. Festgestellt wurde auch, dass Weibchen mit der Zeit die Paarung mit GV-Männchen vermieden. So kam es nach anfänglicher Dezimierung zu einem Anwachsen der Mückenpopulationen. av

## Risiken bei Gene-Drive-Organismen

Ein Pilotprojekt von Testbiotech und den Universitäten Bremen, Vechta und Wien untersuchte die Risiken der Ausbreitung von Tieren und Pflanzen, die mit Gene Drives ausgestattet sind. Untersucht wurden GV-Raps und GV-Olivenfliegen. Der Gene-Drive-Mechanismus (ein gentechnisches Verfahren mittels CRISPR/Cas) greift in die natürliche Vererbung ein und soll dazu führen, dass alle Nachkommen die gentechnischen Veränderungen erben. Diskutiert wird der Einsatz von Gene Drives u. a. in Zusammenhang mit der Bekämpfung von Insekten wie Mücken und Fruchtfliegen. Ziel ist es entweder, die jeweiligen Arten zu dezimieren oder sie durch gentechnisch veränderte Populationen zu ersetzen. Neu ist auch, dass Gene-Drive-Organismen in der Natur überdauern und sich in natürlichen Populationen durchsetzen sollen. Dies birgt neuartige Risiken. Beispielsweise können in den nachfolgenden Generationen Veränderungen auftreten, die nicht gewollt waren. Deshalb sind eine ausführliche Technikfolgenabschätzung und Risikobewertung unerlässlich. Das Projekt zeigt auf, dass berechtigte Bedenken bereits zu einem frühen Zeitpunkt der technischen Entwicklung berücksichtigt werden müssen. av



Pflügen oder nicht pflügen, dass ist hier die Frage

Foto: Lemken

# Ein historisches Artefakt

Der wissenschaftliche Beirat fordert seit vielen Jahren die Abschaffung der Direktzahlungen, eine Analyse von Katrin Hirte und Onno Poppinga

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft fordert seit vielen Jahren die Abschaffung der bisherigen Direktzahlungen der EU an die Landwirte. Seit der Agrarreform von 1992 sind die Direktzahlungen für das Einkommen der Landwirte aber von sehr großer Bedeutung. Seit der Reform setzt sich das Einkommen der Landwirte aus zwei Quellen zusammen: Einnahmen durch Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und direkte Zahlungen der EU und der Nationalstaaten. Über den Anteil, den die Direktzahlungen am Gesamteinkommen der Landwirte haben, geben die Testbetriebe des Bundeslandwirtschaftsministeriums Auskunft (siehe Tabelle).

Landwirten zugute, sondern würden über eine Erhöhung der Pachtpreise an die Verpächter „durchgereicht“.

## Verfehlte Förderung?

Mit der Reform der EU von 1992 entstand nichts weniger als eine neue Wirtschafts- und Einkommensstruktur für die Landwirtschaft. Es ging keinesfalls nur um vorübergehende Zahlungen, die Anpassungsreaktionen der Landwirte erleichtern sollten. Den Befürchtungen, die Direktzahlungen seien nur vorübergehend und würden bald wieder abgebaut, trat deshalb seinerzeit die EU-Kommission mit vielen Erklärungen entgegen.

Der Ablehnung durch den Wissenschaftlichen Beirat steht auch entgegen, dass hochrangige Gremien der EU keinerlei Zweifel daran aufkommen las-

hauptung des Wissenschaftlichen Beirats darf nicht verwechselt werden mit einer Kritik zur konkreten Form der Ausgestaltung der Direktzahlungen. Die Bindung der Direktzahlungen an die Fläche führte von Anfang an zu einer extremen Bevorzugung flächenstarker Ackerbaubetriebe, zu einer extremen Benachteiligung aller Betriebe mit flächengebundener Tierhaltung und generell zu einer Benachteiligung der Betriebe mit einer hohen Wertschöpfung je Flächeneinheit (beispielsweise Direktvermarktungsbetriebe). Seit langem gibt es diesbezüglich Änderungsvorschläge unterschiedlicher Verbände und Institutionen.

## Direktzahlungen und Pachten

Hierbei wird gänzlich ignoriert, dass auch in der heutigen Landwirtschaft Flächen im Eigentum der Landwirte noch eine große Rolle spielen. Beispielsweise betrug 2017/18 der Anteil der Eigentumsfläche an der Betriebsfläche bei kleinen Haupterwerbsbetrieben 74%, bei mittleren 59% und bei großen 43%. Bei Ökobetrieben im Haupterwerb betrug der Eigentumsanteil durchschnittlich nur 40%. Im Klein- und Nebenerwerb waren 59% der Betriebsflächen im Eigenbesitz, bei juristischen Personen als Eigentümern landwirtschaftlicher Betriebe (Ostdeutschland) hingegen nur 32%.

Für diesen sehr bedeutenden Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche gilt das Argument der „Abwälzung über die Pachtzahlungen“ erst einmal überhaupt nicht. Besonders hoch sind die Anteile der Eigentumsflächen an der Betriebsfläche bei den kleinen und mitt-

leren Haupterwerbsbetrieben sowie bei den Klein- und Nebenerwerbsbetrieben. Sie wären also in besonders starkem Ausmaß betroffen, wenn die Direktzahlungen abgeschafft würden. Weitere Mängel in der Argumentation des Wissenschaftlichen Beirats bei der Argumentation des „Durchreichens“ sind zudem, dass ein spezifischer Zusammenhang zwischen den Direktzahlungen und den Pachtpreisen vermutet wird. Tatsächlich konstituieren die Direktzahlungen wie die Markterlöse aber das Gesamteinkommen („Einkommen ist Einkommen“). Es darf davon ausgegangen werden, dass die Höhe des Gesamteinkommens in der Tat von erheblicher Bedeutung für viele wirtschaftliche Entscheidungen ist, die Bauern und Bäuerinnen treffen: Seien es Ausgaben für den privaten Haushalt, für die Höhe der Investitionen, für die private Vermögensbildung; für Erweiterung der Produktionsgrundlagen (u. a. durch Zupacht) u. v. m. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus verständlich, dass beispielsweise Veredelungsbetriebe in Niedersachsen mit 665 Euro/ha besonders hohe Pachtpreise zahlen, die Futterbaubetriebe im gleichen Bundesland aber nur etwas mehr als die Hälfte (397 Euro/ha). Dabei sind die EU-Direktzahlungen mit 378 Euro/ha bzw. mit 394 Euro/ha sehr ähnlich, die Anteile der Eigentumsfläche an der Betriebsfläche sogar gleich hoch (beide 44%). Während die Veredelungsbetriebe aber bei einer längerfristigen Betrachtung (fast) immer zu den Betriebsformen mit dem höchsten Gesamteinkommen gehörten, gehörten die Futterbaubetriebe ebenso regelmäßig zu den Betriebsformen mit viel geringerem Gesamteinkommen.

Die Behauptung, die Direktzahlungen

Anteil der DZ am Einkommen im Wirtschaftsjahr 2017/18 (in %)

	Basisprämienregelung (1. Säule)	Alle Zahlungen (1. und 2. Säule)
Haupterwerbsbetriebe	29	41
Klein- und Nebenerwerb	90	93
Juristische Personen (nur Ostdeutschland)	38	55

Im Wirtschaftsjahr 2017/18 betrug bei den ökologisch bewirtschafteten Betrieben der Anteil aller Direktzahlungen am Einkommen 66%, der Anteil der Basisprämienregelung 29%.

## Abschaffen

Die Argumentation des Wissenschaftlichen Beirats für die Abschaffung der Direktzahlungen besteht aus zwei Teilen. Zum einen sollen die Direktzahlungen abgeschafft werden, weil der Grund für ihre Einführung – Ausgleich für Einkommensausfälle als Folge der von der EU betriebenen Senkung des Niveaus der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf das viel niedrigere Niveau der Weltmarktpreise im Jahr 1992 – schon gut zweieinhalb Jahrzehnte zurückliegt. Sie seien nur noch ein „historisches Artefakt“ und sollten deshalb in den nächsten zehn Jahren vollständig abgebaut werden. Zum anderen würden die Direktzahlungen zu einem großen Teil „über den Bodenmarkt zu einem großen Teil an Bodeneigentümer durchgereicht“. Die Direktzahlungen so die Vorstellung kommen gar nicht (bzw. nicht vollständig) den

sen, dass es einen grundsätzlichen Zusammenhang gibt zwischen der Sicherung des Einkommens der Landwirte und den Direktzahlungen. Als ein Beispiel sei hier eine Verordnung des Europäischen Rates von 2011 zitiert: „Säule I umfasst Direktzahlungen und Maßnahmen, die eine Grundsicherung für das Jahreseinkommen der EU-Landwirte und eine Unterstützung im Fall spezifischer Marktstörungen bieten, während Säule II sich auf die Unterstützung der ländlichen Entwicklung erstreckt ...“.

## Klare Ziele

Weil die EU als Aufgabe der Direktzahlungen Ziele benennt wie „ein gesichertes Einkommen“ und Schutz vor „volatilen Marktpreisen“, ist auch die Kritik des Beirats gegenstandslos, für die Direktzahlungen spiele „die Bedürftigkeit“ der Zahlungsempfänger keine Rolle. Vielmehr konstituieren die Direktzahlungen eine eigene Struktur, eine Kombination aus Markteinnahmen und staatlichen Direktzahlungen; und haben mit „Bedürftigkeit“ nichts zu tun. Diese Zurückweisung der Be-



Geld nur für ernten und säen?

Foto: Lemken



Für was gibts EU-Gelder?

Foto: Schievelbein

würden über die Pachtpreise an die Verpächter durchgereicht, setzt voraus, dass die Verpächter einen großen Einfluss auf die Höhe der Pachtpreise haben. Unterstellt man, alle Verpächter seien bestrebt, dass die an die Landwirte gezahlten Direktzahlungen auf ihr Konto weitergeleitet würden, stehen dazu die außerordentlichen Unterschiede bei der Höhe der Pachtpreise im Widerspruch. Warum tragen die Pachtpreise bei der Betriebsform „Sonstiger Futterbau“ im Saarland 90 Euro/ha, bei den „spezialisierten Schweineaufzuchtbetrieben“ in Niedersachsen aber 732 Euro/ha? Die Antwort ist leicht: Viel entscheidender als das Interesse eines Verpächters ist die Konkurrenz unter den Pächtern! Sie hat entscheidenden Einfluss auf die Höhe der Pachtpreise.

Die letzten beiden Beispiele verweisen auf allgemeinere Zusammenhänge: Landpacht ist nicht nur abhängig von Angebot und Nachfrage, nicht nur von der Konkurrenz unter den Landwirten, sie ist in einem erheblichen Maß eingebunden in die regionalen sozialen Strukturen. Das beginnt von ungünstig gelegenen Flächen, die ohne Pacht bewirtschaftet werden, geht über verwandtschaftliche und Bekanntheitsverhältnisse weiter über das Bild, das Verpächter von bestimmten Produktionsformen haben und hört mit der Rechtsform beim Pachtvorgang nicht auf. In Regionen, wo nur einige Großbetriebe vorhanden sind, kann es allerdings zu einer Marktbeherrschung durch die sehr wenigen Pächter kommen; abgestimmtes Verhalten sorgt dann für niedrige Pachtpreise.

### Verschieden Faktoren

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass das Pachtgeschehen einschließlich der Höhe der Pachtpreise von einer Vielzahl von Gesichtspunkten beeinflusst wird. Sie bedeuten nicht, dass die Direktzahlungen

damit in keinerlei Zusammenhang stehen. Dabei geht es nicht so sehr um ihre Höhe. Wesentlicher ist, dass die Direktzahlungen bei ihrer Einführung recht differenziert ausgestaltet waren. Mit der Politik der „Entkopplung“ im Jahre 2005 vereinheitlichte die EU die Direktzahlungen zu einer einheitlichen und ausschließlich flächenbezogenen Maßnahme. Dadurch wurde es für Pächter, die Kenntnis von diesen Vorgängen hatten, leichter, die Direktzahlungen als Gesichtspunkt bei Pachtverhandlungen einzubringen. Erfolgreich dürfte das vor allem dann gewesen sein, wenn es ohnehin starke Konkurrenz unter den Pächtern gab. Aktuell lässt die Debatte um die Düngeverordnung besonders durch Betriebe mit stark überhöhtem Viehbesatz (3 GV/ha und mehr) sowie durch Betriebe mit einer Biogasanlage die Pachtpreise in bisher unbekannte Dimensionen klettern. Weil die Behauptung des Wissenschaftlichen Beirats, dass es speziell die Direktzahlungen seien, die über die Pacht an die Verpächter weitergereicht würden, nicht stimmt bzw. stark übertrieben ist, ist auch nicht zu erwarten, dass eine Abschaffung der Direktzahlungen zu einer merklichen Senkung der Pachtpreise führen würde.

### Schlussfolgerung

Die Bedeutung der Direktzahlungen für das Einkommen der Landwirte ist viel zu groß, als dass sie wegen interessengeleiteter Gedankenspielererei in Frage gestellt werden dürfen. Allerdings sind grundlegende Änderungen an ihrer Ausgestaltung seit langem und dringendst erforderlich. Umgekehrt ist zu fragen, welche Interessen die deutschen Wissenschaftler\*innen veranlasst, die der Abschaffung der Direktzahlungen für die Landwirte, innerhalb der EU, immer wieder zu proklamieren.

*Katrin Hirte, Onno Poppinga, unabhängige Agrarwissenschaftler*

Matthias Stührowoldt erzählt:

## Der Jauchewurm

**G**ern denke ich noch immer an die Mistfliegen auf der Weide. Das sind stolze, flinke, dicke Brummer mit auffälliger Grünmetall-Lackierung, die, sobald eine Kuh auf der Weide geschissen hat, sich zu Dutzenden auf den Fladen stürzen, um ihn in Nullkommanix wegzuhapsen. Später kommen sie dann angefliegen und setzen sich auf das Stück Kuchen, das ich gerade esse, und ich frage mich, wo dieses Prachtinsekt wohl zuvor seine sechs Füße geparkt hatte. Das frage ich mich aber nicht sorgenvoll oder beunruhigt, sondern eher interessiert, getrieben von einer gesunden Neugier und voller Anteilnahme am Leben anderer Menschen, Tiere und Pflanzen. Zwar nicht wissend, aber ahnend, dass all der Dreck, mit dem ich als Bauernkind ständig in Kontakt war, mein Immunsystem unschlagbar gemacht hat. Nachdem meine Eltern fünfundzwanzig Jahre lang in zwei Festmist-Anbindeställen gemolken hatten, bauten sie im Jahre 1990 einen Laufstall fürs Milchvieh, mit eingestreuten Liegeboxen und Spaltenböden. Das war unser Einstieg in die Gülletechnik. Damals waren die Liebste und ich jung verliebt und sprühten vor Glück. Manchmal molken wir zusammen die Kühe in unserem Doppel-Fünfer-Fischgrätenmelkstand, und wenn Birte mir im Vorbeigehen von hinten in den Hintern kniff, wurde mir wieder bewusst, dass es nicht Mudder war, mit der ich gerade im Melkstand stand. Es waren Tage der puren Glückseligkeit, bis wir eines Nachmittags beim Melken etliche weiße, labberige, schleimige Larven entdeckten, die an den Fliesen des Melkstandes empor krochen und irgendwie eklig aussahen, wie grotesk riesenhafte Spermien, die nicht wussten, wohin. Sogar ich fand sie bäh, und Birte sagte, solange sie nicht wisse, was das für Viecher seien, werde sie nicht mehr melken. Ich fragte meine Eltern. Sie zuckten mit den Schultern. Ich fragte den Tierarzt. Er hatte keine Ahnung. Birte hörte auf zu melken. Ich molk weiter, zuckte ebenfalls mit den Schultern und dachte: „Ich muss diese namenlosen Dinger ja nicht essen.“ Manchmal fand ich verpuppte Larven. Und ab und zu saßen nun strunzdumme, fast bewegungsunfähige Fliegen im Melkstand. Ich hielt sie abwechselnd für einen Witz Gottes, eine Laune der Natur oder eine Mutation, verursacht durch böse Schwingungen des Güllesystems.

Als Spezi mein Lehrling war, hörte ich zum ersten Mal eine Bezeichnung für diese Spermien-schleimlarven. „Das iss'n Jauchewurm“, sagte Spezi. Und jetzt, ein gutes Dutzend Jahre später, habe ich tatsächlich einmal „Jauchewurm“ in eine Bäume pflanzende Internet-Suchmaschine eingegeben. Tatsächlich wusste das Internet damit etwas anzufangen. Es handele sich um die sogenannte „Rattenschwanzlarve“ der auch als „Mistbiene“ oder „Schlammbiene“ bezeichneten „Scheinbienen-Keilfleckschwebfliege“. So viele Buchstaben für ein nahezu lebensunfähiges Gülleinsekt. Ich las weiter. Der Fluchreflex der Mistbiene sei nur schwach ausgeprägt, stand da, offensichtlich verlasse sie sich auf ihre Bienenähnlichkeit zur Abwehr natürlicher Feinde. Wobei ich schon immer fand, dass auch ihre Bienenähnlichkeit nur schwach ausgeprägt ist.

Egal. Jetzt haben die Viecher also Namen. Nun weiß ich, dass ich Rattenschwanzlarven und Scheinbienen-Keilfleckschwebfliegen im Melkstand habe. Stumpf krabbeln sie in ihrer Jugend die Fliesen empor; stumpf krabbeln sie als erwachsene Tiere auf den gläsernen Milchmesspokalen herum. Sie scheinen keine Ahnung zu haben, wozu Flügel da sind. Sie waren bloß Materie, haben angefangen zu atmen, zack!, waren sie Lebewesen. Nie habe ich sie bei Fortpflanzungstätigkeiten beobachtet. Offensichtlich gebären sie sich selbst, geschlechtslos, aus der Gülle. Zu leben und tot zu sein scheint für sie annähernd dasselbe zu bedeuten. Sie sind eine Laune der Natur. Ein Witz Gottes. Eine Mutation, begünstigt durch moderne Stallsysteme. Aber sie nerven auch nicht. Sie sind einfach da und stellen keine Fragen. Sie nehmen ihr Leben, wie es kommt. Oder geht. Irgendwie bewundernswert. Und das Beste ist: Niemals sitzen sie auf meinem Kuchen. Das machen nach wie vor die stolzen, flinken, dicken Brummer mit der Grünmetall-Lackierung. Es gibt sie noch.

# A luta continua – der Kampf geht weiter

Die Arbeitsgruppe Brasilien erweitert die internationalen Beziehungen der AbL Nordrhein-Westfalen

**B**rasilien ist eine weltweite Agrarmacht. Das Land ist der weltgrößte Produzent von Zucker, Orangen und Kaffee, der zweitgrößte Produzent von Soja und Rindfleisch sowie der drittgrößte Produzent von Mais und Geflügelfleisch. Die intensive Landwirtschaft durch Großgrundbesitzer mit dem massiven Einsatz z. T. nicht mehr in Europa erlaubter (10.12.2018, Reporter Brasil) Pflanzenschutzmittel und gentechnisch veränderter Pflanzen prägen die Agrarlandschaft des Landes. Unter der aktuellen Präsidentschaft von Jair Messis Bolsonaro gibt es in Brasilien eine Rekordzulassung für Pestizide (22.07.2019, UOL): Von den 300 neu zugelassenen Mitteln sind 96 in der EU nicht zugelassen.

## Regionale Strukturen

Doch es gibt auch eine andere Landwirtschaft in Brasilien. Ökologisch wirtschaftende Kleinbauern sind es, die ca. 70 Prozent der Nahrungsmittel für die Bevölkerung herstellen. Sie wehren sich gleichzeitig gegen die zunehmende Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen durch eine Landwirtschaft der Großgrundbesitzer, die exportorientiert ist. In den letzten 30 Jahren hat sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Brasilien erfolgreich organisiert und starke Strukturen aufgebaut, die eindrucksvoll belegen, dass es eine zukunftsfähige Alternative zum Raubbau der industriellen Landwirtschaft gibt. Die MST (Bewegung der Landarbeiter ohne Boden) ist die bekannteste, aber es gibt zahlreiche andere Kleinbauernorganisationen brasilienweit. „Construindo relações a partir da agro-

ecologia é da educação popular” – Beziehungen von der Agrarökologie bis zur Volksbildung herstellen! So lautet das Motto der Assesoar, einer dieser Kleinbauernorganisationen, im Südwesten des brasilianischen Bundesstaates Paraná. Und damit ist das Handeln der Assesoar bestens auf den Punkt gebracht. Kleinbauern in Kursen, Seminaren, Tagungen dahin gehend qualifizieren, dass sie ihre Betriebe nach ökologischen Kriterien entwickeln. Dabei werden sie von den Mitarbeitern der Assesoar auch ganz praktisch auf ihren Höfen beraten. Biologischer Anbau, Selbstvermarktung, Erhalt der Biodiversität, finanzielle Unabhängigkeit mit Hilfe genossenschaftlicher Kleinbanken sind die Inhalte, die die Assesoar ihren Mitgliedern, aber auch allen interessierten Kleinbauern vermittelt. Seit 1966 ist sie aktiv und dabei in ihrer Region zur „Mutter der Bewegungen“ geworden. Ob Landarbeitergewerkschaft, Landlosenbewegung, Bionetzwerk oder Genossenschaftsbank – immer war die Assesoar an der Gründung und Entwicklung dieser Organisationen beteiligt.

## Sojaimporte führten zusammen

Als die evangelische Jugend auf dem Lande (EJL) in Westfalen Mitte der 80er Jahre eine Partnerorganisation für ihre Auseinandersetzung in Deutschland über Futtermittelimporte suchte, war die Assesoar der optimale Partner. In Paraná, einem der Hauptproduktionsstandorte von Soja für den Weltmarkt, setzte sie sich in Opposition zur Agrarindustrie für eine kleinbäuerliche

Selbstversorgung zur Sicherung der Lebensmittelversorgung der brasilianischen Bevölkerung ein. So entstand eine intensive und fruchtbare Partnerschaft. Vor dem Hintergrund dieser 30-jährigen Partnerschaft wurde im Herbst 2016 die letzte Begegnungsfahrt nach Südbrasilien unter der Federführung der EJL koordiniert und organisiert, dieses Mal mit der Unterstützung von weiteren engagierten Akteuren aus NRW (Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung, Bistum Münster). Dazu kamen auch Kontakte zu Mitarbeitern der Universität in Laranjeiras do Sul (UFFS), einer zukunftsweisenden Universität in Bezug auf die Ausbildung von Kleinbauern vor allem in der Agrarökologie. Ergänzt wurde diese Partnerbeziehung in der UFFS durch die Kontakte zu Prof. Antonio Inácio Andrioli. Ergänzend zur Assesoar sind weitere Kontakte durch die Partnerschaft von „Mission Eine Welt“ der bayerischen evangelischen Kirche mit der Landarbeitsorganisation der evangelisch-lutherischen Kirche Brasiliens (CAPA) entstanden.

## AbL steigt ein

Vor drei Jahren endete die Partnerschaft der EJL mit der Assesoar formal. Aber die Assesoar wollte diese Partnerschaft und den gegenseitigen Austausch nicht beenden. Auch die UFFS hielt die Kooperationen und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene weiterhin für notwendig. Und so erklärten sich Mitwirkende der NRW-Gruppe bereit, diese Partnerschaft weiterzuführen. Doch eine Partnerschaft ohne organisatorischen Hintergrund funktioniert auf

internationaler Ebene nicht. Die westfälische Gruppe wandte sich an die AbL in Nordrhein-Westfalen. Denn die AbL ist wie die Assesoar Mitglied bei Via Campesina, der weltweiten Organisation der Kleinbauern. Und somit entstand die Arbeitsgruppe Brasilien in der AbL. Deren Aufgaben sind die Weiterentwicklung der Partnerschaft mit der Assesoar, dazu Pflege der Kontakte zur Bundesuniversität UFFS in Laranjeiras do Sul. Die Inhaltliche Aufarbeitung der Situation der Landwirtschaft in Paraná und in Deutschland mit dem Schwerpunkt der Bedeutung und Auswirkung der Agrarhandelsbeziehungen (Soja, Fleisch, Bioprodukte u. a.) für Kleinbauern/bäuerliche Familienbetriebe unter Nutzung der Informationen aus erster Hand aus Paraná und die Information durch Vorträge, Artikel oder andere Medienbeiträge bei interessierten Gruppen und Organisationen Nutzung der Vernetzung und Information der unterschiedlichen Brasiliensozialitätsgruppen untereinander und mit Organisationen der Agraropposition hier. Kontakte bestehen bereits bundesweit, z. B. zu KoBra (Kooperation Brasilien e.V.), und auf regionaler Ebene wie zur Brasiliengruppe des Welthauses Bielefeld. Angesichts der aktuellen Situation in Brasilien ist diese Partnerschaft von besonderer Bedeutung. Interessierte an den Aktivitäten der AG Brasilien sind herzlich eingeladen, mitzuwirken.

*Uwe Hartmeier,  
AbL-NRW,  
u.hartmeier@t-online.de*

## Leserbrief Noch zu früh zum Jubeln

**Ü**ber weite Strecken möchte ich den Ausführungen von Hugo Gödde in „Erfolgsstory Biomilch“ zustimmen: Die Durchsetzung eines eigenen Preisniveaus für Biomilch statt eines Aufschlags auf die Preise für Milch aus konventionellen Betrieben war von wirklich grundlegender Bedeutung (Frage nur: Macht ARLA das inzwischen auch so?). Auch die bislang gelungene „Verteidigung“ des Preisniveaus von knapp 50 Cent durch eine „marktorientierte Mengensteuerung“ war ohne Zweifel richtig und hat verhindert, dass es als Folge der stark gestiegenen Zahl von umstellenden Be-

trieben zu einem Zusammenbruch der Auszahlungspreise gekommen ist. Allerdings sollten auch einige negative Aspekte nicht übersehen werden: Unter Bio-Bauern in Österreich, die zum Teil langjährige Lieferbeziehungen zu süddeutschen Biomolkereien hatten, herrscht großer Ärger, weil ihnen im Zusammenhang mit dieser Mengensteuerung von ihren bisherigen Abnehmern gekündigt worden ist. Auch sind die Wege der Biomilch noch weiter geworden, als sie es ohnehin schon waren. Der Aufnahmestopp wird eben doch nicht von allen Molkereien mit Biomilch eingehalten, so dass die Milch

von neu umgestellten Betrieben bisweilen quer durch die Republik transportiert wird (von Ostwestfalen beispielsweise bis nach Oberbayern). Schließlich: Um von einer „Erfolgsstory“ sprechen zu können, müsste doch auch die Frage gestellt werden, ob die knapp 50 Cent Auszahlungspreis denn auch ausreichend sind, um erfolgreich wirtschaften zu können! So kam die Landwirtschaftskammer NRW schon in ihrem „Milchviehreport“ für das Wirtschaftsjahr 2016/17 zu Produktionskosten für Biomilch von 62 Cent. Auch zeigt ein Vergleich des Einkommens (Gewinn plus Personalauf-

wand) zwischen konventionellen und ökologischen (spezialisierten) Milchviehbetrieben bei den Testbetrieben für die letzten sechs Jahre, dass das Einkommen der Biobetriebe nur etwas besser war (plus 2.800 Euro je Jahr). Etwas besser oder fast genauso schlecht? Dies trotz der für konventionelle Milchviehbetriebe Katastrophenjahre 2014/15 und 2015/16. Das Wort „fair“ wird ja gerade bei der Ökomilch gern bemüht, aber sind wirklich schon faire Einkommen erreicht? Soweit,

*Onno Poppinga*

# Auf nach Weimar!

Bäuerliche Landwirtschaft vor großen Herausforderungen

Bäuerinnen- und Bauerntag und AbL- Mitgliederversammlung  
29. November – 1. Dezember 2019  
Europäische Jugendbegegnungsstätte, Jenaer Str. 2/4, 99425 Weimar



## Freitag, 29. November 2019

**14:00 Uhr** Erfahrungs- und Informationsaustausch von Bäuerinnen und Bauern  
Diskussions-Werkstätten u.a. zu Frauen in der Landwirtschaft, zur Hofübernahme, zum achtsamen Leben zwischen eigenen Ansprüchen und betrieblicher Realität, zur Düngeverordnung, zum Umgang mit Stalleinbrüchen und Übergriffe auf Höfe  
Markt der bäuerlichen Aktivitäten

**19:30 Uhr** Podium am Abend: Ermutigungsoffensive für die Landwirtschaft – wie kann sie aussehen?  
Zukunft der europäischen Landwirtschaft und wie schaffen wir es, die Herausforderungen auf den Höfen zu bewältigen  
Mit interessanten politischen Gästen und Bäuerinnen und Bauern

## Samstag, 30. November 2019

**9:00 Uhr** Diskussionsforen  
zu Bodenmarkt, Internationale Bauernrechte, Milch, Ackerbau und Klimaschutz, Gentechnik

**14:00 Uhr** AbL-Mitgliederversammlung 2019  
Mit Rechenschaftsberichten, Aussprache, Arbeit und Aktivitäten in 2020  
**Ab 20:30 Uhr** Kultureller Abend, gemütliches Zusammensein

## Sonntag, 1. Dezember 2019

**9:00 - 11:00 Uhr** Historischer und politischer Stadtrundgang in Weimar  
**11:15 Uhr** Nachlese der Veranstaltung  
**12:00 Uhr** Abreise

Antragsschluss zur AbL-MV ist der 25. Oktober 2019  
Teilnahmeanmeldungen bis zum 14. November 2019  
per Mail [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de) oder per Fax: 04131 – 407758  
Interessierte Gäste sind zum Bauerntag und zur MV herzlich willkommen.



Zwar ist die AbL nicht bei Goethe aber doch in Weimar

Foto: Schievelbein

### Bestellcoupon

Ich bestelle:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe**  2019 Schwerpunkt: Landwirtschaft für Europa 24,00 Euro  2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 10,00 Euro, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

#### Das wahre Landleben!

##### Bücher:

- ... 10,00 € - Wir Bauern sind anders
- ... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
- ... 11,00 € - Bauernparty
- ... 11,00 € - Nützt ja nix
- ... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- ... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- ... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- ... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

##### CD:

- ... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
- ... 10,00 € - König Silo
- ... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- ... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

Bitte Adresse einsetzen:

- ... 9,50 € - live im Lutterbecker
- Bodenpolitik in Ostdeutschland**
- ... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- ... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

#### Aktuelle Broschüre

- ... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

#### Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... je zzgl 5,50 € € Versand

#### Junge Landwirtschaft:

- ... 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- ... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

## (Klein) Anzeigen &amp; Veranstaltungen

## Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 20,00 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS November ist der 18. Oktober 2019.** Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

## Hof und Arbeit

**Bauernhof, 26 ha** (ca. 20 ha Acker und Grünland), Fischteiche, eigene Quelle, 5 ha Wald, in Alleinlage, Lkr. Cham, Oberpfalz. Wohngebäude (Baujahr 1908, Anbau 1976) und Stall renovierungsbedürftig. Langfristig zu verpachten an Abl-nahe Jungbäuer\*innen zur biologischen Bewirtschaftung. Siehe auch Artikel S. 9. Näheres bei: Abl-bayern@web.de

**Wir suchen** für unsere Nichtraucher WG auf einem ehem. Bauernhof in 94545 Hohenau/Niederbayern ca. ab Sommer 2020 noch Mitbewohner, die mit Garten- und Kleintierhaltung vertraut bleiben möchten. Es sind 3-4 Wohneinheiten frei, ein jedes mit eigener Küche und Bad, für Paare oder Alleinstehende. In der Gemeinschaftsküche und Gemeinschaftsräumen kann zusammen gekocht und gelebt werden. Kontakt: Bluna56@web.de oder ☎: 0160 52 44 950. [www.garten-statt-altersheim.de](http://www.garten-statt-altersheim.de)



**Marktstände für Direktvermarkter**  
ökologisch - praktisch - schön

[www.klipklap.de](http://www.klipklap.de) 16845 Rohrlack 033928 239890

## Gärtner oder Landwirt mit Erfahrung in Feldgemüseanbau gesucht

Wir, das Team der Landwirtschaft am Schloss Tempelhof, suchen ab sofort MitarbeiterInnen, die Lust haben, den landwirtschaftlich-gärtnerischen Betrieb mit zu gestalten.

Wir sind ein vielfältiger, kleinbäuerlich strukturierter Betrieb mit 28 ha arrondierter Fläche. Davon sind 18 ha Grünland, 7 ha Ackerbau und 2 ha Freilandgemüse mit intensivem Mulcheinsatz, 1 ha Market Garden mit 1200 m<sup>2</sup> Folienhäusern und eigener Anzucht. Wir arbeiten mit einem starken Fokus auf aufbauender Bodenentwicklung und sehen unsere Aufgabe, neben dem Anbau gesunder Lebensmittel, in der Erprobung und Umsetzung regenerativer Werkzeuge in der Landwirtschaft. Dabei lassen wir uns u.a. vom biointensiven Gemüsebau, der Permakultur, Agroforstsystemen & dem Holistischen Management inspirieren.

Unsere Produkte gehen zum großen Teil in die Versorgung der Gemeinschaft, zusätzlich vermarkten wir unsere Ernte noch an Bioläden, Restaurants und SoLaWi-Mitglieder in der Umgebung.

Du bist Gärtner oder Landwirt? Hast Erfahrung im Feldgemüseanbau, Interesse am Ackerbau und handwerkliches Geschick? Dann melde dich bei Interesse unter [landwirtschaft@schloss-tempelhof.de](mailto:landwirtschaft@schloss-tempelhof.de). Ansprechpartner ist Sebastian Heilmann. [www.schloss-tempelhof.de](http://www.schloss-tempelhof.de)

## Herbsttagung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft „Zusammenhalten“

08.-10.11.2019 im Tagungshaus Lebensbogen bei Zierenberg

Was erfordert es von uns, eine wirklich zukunftsfähige Landwirtschaft zu entwickeln und umzusetzen? Was müssen auch wir in unserer Anbaupraxis aufhören zu tun, was neu lernen, und wo können wir noch mehr zusammenhalten, um die Visionen von Landwirtschaft, die wir haben, hier und jetzt auf den Boden zu bringen und sie wachsen zu lassen?

Folgende Themen werden uns unter anderem beschäftigen: Agroforst, regenerative Landwirtschaft, Crowdfunding sowie größere Solawi-Systeme. Auf dem Herbsttreffen findet auch unsere Netzwerk-Mitgliederversammlung statt. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Weitere Infos und Anmeldung unter: [www.solidarische-landwirtschaft.org](http://www.solidarische-landwirtschaft.org)

## Sepp Braun kommt!

**7.10.2019, 19.00 Uhr, Siegburg**  
Der Bioland-Pionier und Regenwurm-papst wird über seine Arbeit berichten und seinen Betrieb vorstellen. Er zeigt auf, wie man Klimaschutz, Ökologie und Ökonomie umsetzen kann.

Ort: Gasthaus Zum Turm, Zeithstraße 442, 53721 Siegburg – Schreck

**Konferenz zum Vorsorgeprinzip**  
14./15. 10. 2019, Bielefeld  
Science, Precaution, Innovation

- towards the integrated governance of new technologies. Die Konferenzsprache ist Englisch. Programm mit Informationen: <https://ensser.org/pp-conference>

## Alte Getreidesorten

**17.-18.10.2019, Raben**  
Arbeits- und Informationsstreifen zu Erhaltung und Nutzung alter Getreidesorten.

<https://vern.de/>, Ort: Besucherinfozentrum des Naturparks in Raben/Fläming

## Bits und Bauernhöfe – wie geht das zusammen?

Workshop von AgrarBündnis und Germanwatch am 06. 11. 2019 10.00 - 15:30 Uhr, taz Kantine, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin

**Digitalisierung kann der Nachhaltigkeit dienen – muss sie aber nicht!** Welche Geschäftsmodelle tragen zur Entwicklung digitaler Instrumente bei? Wer profitiert von Informationsflut und Datensammlung? Welche Perspektiven gibt es dabei für bäuerliche Einkommen? Welcher rechtliche Rahmen wäre wichtig für die Sicherung der Nachhaltigkeit? Diesen Fragen möchten wir mit Ihnen nachgehen, um die Meinungsbildung im AgrarBündnis gemeinsam voran zu bringen.

Begrenzte Teilnehmerzahl! Wir bitten um frühzeitige Anmeldung, spätestens jedoch bis zum Montag, den 21. 10.2019, [thomas@agraruendnis.de](mailto:thomas@agraruendnis.de)



## Vernetzungstreffen AbL Oberfranken

27. 10. 2019, 13.30 Uhr

## Aus dem Programm:

- Betriebsvorstellung Patersberghof
- So kann die Regionalwert AG Oberfranken die bäuerliche Landwirtschaft bei uns fördern (Dietrich Pax, Vorstand RWAG)
- Solidarische Lebensmittelversorgung: Die VG Hamsterbacke sucht Erzeuger! (Michael Cormann, Verein Hamsterbacke e.V.)
- Kennenlernen und Austausch bei Kaffee und Kuchen

Ort: Patersberghof Familie Jundt, Patersbergweg 7, 95336 Mainleus/Veitlahm, Tel.: 09229/1301, [www.patersberghof.de](http://www.patersberghof.de)  
Parken: Bitte Wanderparkplatz am nördl. Ortsausgang von Veitlahm nutzen, kurzer Fußweg zum Patersberghof



**WIR HABEN ES SATT!**  
**DEMO**

**DER AGRARINDUSTRIE DIE STIRN BIETEN**  
FÜR EINE NACHHALTIGE  
EU-AGRARREFORM

**DI 22.10.**  
**STRASBURG**  
ZUM EUROPAPARLAMENT

V.i.S.d.P.: Saskia Richter, Meine Landwirtschaft, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin. Grafik: Siechtgallion E. Tuckow. Foto: Alamy-Photo

## Klimaschutz schützt Bauernhöfe!

**21.10.2019, 13.30-18.00 Uhr, Kehl**  
EU-Agrarpolitik erneuern für bäuerliche Landwirtschaft und Klimaschutz. Der Germanwatch KLIMA-WORKSHOP am Vortrag der Demo zum EU-Parlament.

Ort: Friedhofsstraße 1, 77694 Kehl (Pfarramt). Infos und Anmeldung: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org); [ernaehrung@germanwatch.org](mailto:ernaehrung@germanwatch.org); Tel.: 030 28 88 356-986

## Bodengesundheit

**Termin: 23.10.19, 8.30-16.00 Uhr**  
ABL- Rheinlad-Pfalz Bodentag: Bodengesundheit aus Sicht des Praktikers Gerhard Weißhäupl.

Ort: Berzhäusen Landkreis Altenkirchen

## Bäuerliche Betriebe stärken

**28.10.2019, 20.00 Uhr, Westerstede**  
Mit Hilfe der EU-Agrarreform gesellschaftliche Leistungen in Wert setzen und bäuerliche Betriebe stärken! Referentin: Maria Noichl, SPD, Mitglied des Agrar Ausschusses im Europäischen Parlament. Anschließend Diskussion mit Vertretern aus Landwirtschaft und Umweltschutz.

Ort: Jaspershof, Zum Stiftungspark 27, 26655 Westerstede, Kontakt: Ottmar Ilchmann, 0176-45000760

## Unser Saatgut

**28.10.2019, 20.00 Uhr, Lennestadt**  
Kinofilm „Unser Saatgut: Wir ernten, was wir säen“ in der Reihe Weltseiten in Kooperation mit der AbL NRW mit Diskussion.

Ort: Lichtspielhaus Lennestadt-Altenhundem

## Verhandlung Klimaklage

**31.10.2019, 10.00 Uhr, Berlin**  
Mündlichen Verhandlung der Greenpeace- Klimaklage gegen die Bundesregierung. Für die drei Familien, darunter auch AbL-Bäuerinnen und Bauern und Greenpeace ein wichtiger Etappensieg. Es ist das erste Mal, dass ein Gericht in Deutschland den mangelnden Klimaschutz der Regierung verhandelt.

Ort: Verwaltungsgericht, Kirchstraße 7, 10557 Berlin

## Klimawandel

**02.11.2019, 12.30 Uhr, Fulda**  
Zukunft der Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels. Welchen Beitrag können Permakultur und Agroforst leisten?

Veranstalter: Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag. Anmeldung Tel.: 05542-999046 [regionalbuero@mueller-witzenhausen.de](mailto:regionalbuero@mueller-witzenhausen.de). Die Teilnahme ist kostenlos. Ort: Antonius Hof, Saturnstraße 14, Fulda-Haimbach

## SIGÖL Fortbildungskurs

**07.11.2019, 9.00 Uhr, Bad Döben**  
60. Fortbildungskurs zum Thema: „Boden – Pflanze – Tier – Mensch – Boden“.

Anmeldung bis 02.11.2019 bei Sächsische Interessengemeinschaft Ökologischer Landbau e.V., Herr Einsiedel, Hauptstr. 75, 04849 Kossa, Fax: 034243 21491. Ort: HEIDE SPA Hotel & Resort, Bitterfelder Straße 42, 04849 Bad Döben



## Vorankündigung Herbsttagung

**Bremen/Niedersachsen**  
03.11.2019, Raum Göttingen

**So rechnet sich vielfältige Landwirtschaft!**

Referentin: Julia Rosa-Schleich

Uni Göttingen, Agrarökologie

Weitere Informationen folgen



## Frauen\*-Treffen im Norden

01. - 03. November 2019 in Witzenhausen

Liebe Frauen\*, die ihr in der Landwirtschaft und drum herum lebt und arbeitet!

Nach dem ersten Treffen im Frühjahr geht unser gemeinsamer Weg als queer-feministische Gruppe weiter: Wir möchten uns weiter vernetzen, austauschen und an den Themen, die uns am meisten bewegt haben, anknüpfen.

„Wir“ sind eine Gruppe Frauen\* unterschiedlichen Alters aus verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft, die Raum und Zeit dafür schaffen wollen und daher im November in Witzenhausen ein weiteres Treffen organisieren.

**Aus dem Programm:**  
 Freitag, 1. November 2019  
 ab 17:00 Uhr: Ankommen, gemütliches Beisammensein, Kennenlernen, Essen, wer mag: FLTI\*-Party in Witzenhausen  
 Samstag, 2. November 2019  
 10:00 Uhr Begrüßung, gemeinsames Erarbeiten von Kommunikationsregeln  
 12:00 Uhr - 17:00 Uhr Höfetour (2 Betriebe)  
 18:00 Uhr Abendessen, danach Input und Vorstellung der Ackerfeminist\*innen  
 Sonntag, 3. November 2019  
 9:00 Uhr Workshop: Selbstverständnis der Gruppe  
 gemeinsamer Abschluss bis 13:00 Uhr

Für Unterkunft, Essen und Getränke wird es eine Solikasse geben, weitere Details folgen nach der Anmeldung. Es wäre toll, wenn jede Teilnehmer\*in etwas für die gemeinsamen Mahlzeiten mitbringen würde! Wenn ihr Kinderbetreuung braucht, sagt uns gerne Bescheid, wir werden dann eine rotierende Betreuung innerhalb der Gruppe organisieren!  
 Ort: Transition Town Haus, Brückenstrasse 20, 37213 Witzenhausen  
**Bitte für unsere Planung bis zum 21.10.2019 anmelden unter frauenabl@gmail.com**  
**Wir freuen uns auf euch!**

### Impressum

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
 Claudia Schievelbein: 02381-492289  
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

## Bundeskontakte

**Bundesgeschäftsstelle:**  
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:**  
 junge-abl@abl-ev.de

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**  
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

**Internationale Agrarpolitik:**  
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

**Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW**  
 Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

## Mitgliedsantrag

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

**Ich möchte Mitglied in der AbL werden** und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 109,00 Euro

Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 144,00 Euro

Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen

Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 54,00 Euro

Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 79,00 Euro

Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:  
 30,-€    50,-€    70,-€

*Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.*

Nachname, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Geschäftsführung:**  
 Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

### Niedersachsen

**Geschäftsstelle:** Gabi Geppert, Telefon: 04967 - 557; info@abl-niedersachsen.de  
**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnnds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

**Mecklenburg:** Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;  
 Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

### Hessen

**Geschäftsstelle:** Geschäftsstelle: Lara Göhring, Mobil: 0160/4976397; hessen@abl-ev.de  
 Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de  
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de  
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

**Geschäftsstelle:** Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
**Alb-Donau / Ulm:** Franz Häußler, Tel.: 07391 1268, haeusler.biolandhof@t-online.de  
**Oberrhein und Vorbergzone:** Wolfgang Hees, Tel.: 0176 39872928, wolfgang@hees-web.de  
**Stuttgart / Schwäbischer Wald:** Stefan Klett, Tel.: 0176 700 96 364, stefan\_klett@gmx.de  
**Westlicher Bodensee:** anneliese Schmech, Tel.:07553 7529

### Bayern

**Landesverband:** Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de  
**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393  
 Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de  
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de;  
**Allgäu:** Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; abllallgaeu@gmx.de,  
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,  
**Erding-Ebersberg:** Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi\_reindl@gmx.de;  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

### Thüringen

**Thüringen:** Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 – 21847159, Linderbacherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

### Sachsen-Anhalt

Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sachsen-anhalt@abl-ev.de

### Sachsen

Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kontakt@beerenbunt.de

Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092  
 AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

nach Erhalt der Rechnung  
 per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.  
 Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.abl-ev.de/datenschutz](http://www.abl-ev.de/datenschutz)

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Nose to Tail per Mausklick

Die Artgemäß GmbH & Co. KG, Produktions- und Vermarktungsgesellschaft im Neuland-Markenverbund in Norddeutschland, wagt den Sprung in die digitale Verkaufswelt und eröffnet einen eigenen Online-Shop. Unter [www.artgemeass-einkaufen.de](http://www.artgemeass-einkaufen.de) können Kunden ab sofort Fleisch und Wurstwaren vom Rind, Schwein oder Geflügel aus Neuland-Betrieben in 4-kg- und 8-kg-Paketen online bestellen. Mit dem Web-Shop bietet „Artgemäß“ per Mausklick ein breites Vollsortiment. „Wir wollen den Verbraucher zum Umdenken bewegen und ein Tier nicht für ein paar Edelteile sterben lassen“, begründet Martin Schulz, Neuland-Schweinehalter und einer der beiden Geschäftsführer von Artgemäß, die Entscheidung für das Crowdbutching-Prinzip. Das Tier wird hierbei erst geschlachtet, wenn es komplett verkauft ist. Die Paketzusammenstellung ist nicht nur am Geschmack des Verbrauchers ausgerichtet, sondern das Nose-to-Tail-Prinzip – also der Versuch einer umfassenden Vermarktung der anfallenden Tiererteile – findet Anwendung. Weniger Lebensmittelverschwendung und wieder mehr Wertschätzung für das Lebensmittel Fleisch sind laut Schulz die übergeordneten Ziele des Shops.

Und so funktioniert's: Der Kunde wählt zwischen bereits zusammengestellten, küchenfertigen Fleischpaketen aus. Erst wenn sämtliche Paketeinheiten verkauft sind, wird das Tier geschlachtet. So gibt es keine „Ladenhüter“, keine alten Lagerbestände oder unnötigen Ausschuss mehr. Das Angebot umfasst diverse Rind-, Schwein- und Geflügelpakete und reicht vom

Grill-, Brat- oder Schmorpaket Rind über Familienpakete aller im Shop angebotenen Tierarten bis hin zum „Gourmetpaket Rind“. Hier werden – ganz „Nose to Tail“-Prinzip – Rinderinnereien angeboten, um diese wieder salonfähig zu machen. „Wir wollen einfach am Ende nicht mehr viel über haben“, sagt Schulz. Teile, für die der Verbraucher zu Hause keine Verwendung habe, könnten durch die langjäh-

rigen Geschäftsbeziehungen über andere Vermarktungswege abgesetzt werden. Nur standardisierte Pakete zu versenden, bedeutet auch weniger Verpackung und weniger Transportwege. „Gerade mit der Transportfrage haben wir uns schwergetan“, sagt Martin Schulz, „aber wir wollen eben auch Kundinnen und Kunden ein Angebot machen, die bisher keine Möglichkeit hatten, in Fleischerfachgeschäften,

Hofläden und auf Wochenmärkten Neuland-Fleisch- und Wurstwaren zu kaufen.“ Der Versand erfolgt nach der Schlachtung des Tieres und dauert je nach Reifezeit des Fleisches bis zu drei Wochen. Per E-Mail wird das genaue Lieferdatum bekannt gegeben. Mit Stroh-Inlays und Gelpacks auf Wasserbasis wird die Kühlkette aufrechterhalten – nachhaltig und ressourcenschonend.



## **unabhängige** bauernstimme: Weil es um die Wurst geht

10/2019

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221  
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.bauernstimme.de/datenschutz](http://www.bauernstimme.de/datenschutz)

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.